

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

Nr. 62

Oktober

III/2013

DIE LINKE.



Ökologische Themen im Wahlkampf DER LINKEN

Schwerpunkt: Energie und Klimaschutz

Atomausstieg jetzt!

„Jahrhunderthochwasser“

Versagt die Klimawissenschaft?

Agrokraftstoffe -

Placebo für den Klimaschutz

Bücherecke

Editorial

Die Redaktion

Herbst. Ein langer, kalter Winter und ein langer warmer Sommer liegen hinter uns; beides gleichermaßen etwas extremer, als in unseren Breiten üblich. Dabei haben wir es noch gut. Im Westen Nordamerikas wüteten verheerende Waldbrände, was sonst nur im Osten Russlands der Fall war. Dafür hat es dort über Monate geregnet. Der Amur erreichte in Chabarowsk wochenlang einen Pegel von 5 Metern über normal. Komsomolsk stand unter Wasser. In der Stadt Nikolajewsk (22.700 EW) liegt das Kraftwerk 2-3m über dem Amurpegel, die Katastrophe blieb nur dadurch aus, dass sich das Wasser in das flussaufwärts gelegene Binnendelta ausbreiten konnte. Dadurch sind dort ganze Ortschaften für immer verschwunden.

Extremwetterereignisse sind ein wesentliches Ergebnis der Klimamodelle; ihr tatsächliches Auftreten (S. 14) ist ihre Bestätigung – auch wenn die quantitativen Vorhersagen nicht immer genau zu treffen. Trotzdem wird der Klimawandel von einigen immer noch geleugnet. Zu starke Wirtschaftsinteressen sind im Spiel. Deren Nicht-Beachtung schmälert leider etwas die analytische Tiefe der ansonsten sehr lesenswerten 10 Thesen über „Klimakassandras“ (S. 15). Gründlicher war die Analyse in „Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums“ (S. 152f; s. Tarantel 51; S. 31): „Die kapitalistische Rentabilität, die ‚Wirtschaftlichkeit‘ wird so zur Bedingung des Klimaschutzes und damit des Lebens: Nur was sich lohnt, darf existieren.“ Dennoch macht der Beitrag von Prof. Wicke die Möglichkeiten des Zusammenwirkens auch mit konservativen Klimaschützern deutlich.

Das „Leitmedium“ Spiegel befeuerte den Wahlkampf auf diesem Gebiet im Juni mit einem Interview und dem Untertitel „Seit 15 Jahren steigen die Temperaturen nicht mehr an. Sollte die globale Erwärmung weitere 5 Jahre pausieren, sagt der Klimaforscher Hans von Storch, stecke in den Modellen ein fundamentaler Fehler - und die Vorhersagen müssten korrigiert werden.“, welches vom EIKE (siehe „berechtigter Aufschrei?“ unter <http://www.oekologische-plattform.de/?p=7780>) mit den Worten gefeiert wurde „*Das Interview war zweifellos*

ein medialer Durchbruch und könnte zum Totenglöckchen für den Klima-Alarmismus werden.“ Anscheinend war man sich in diesen Kreisen schon sicher, dass die CDU siegreich aus dem Wahlkampf hervorgehen und nach dem Beerdigen des Klima-Alarmismus endlich auch das Aus für das EEG kommen würde.

In dieser Situation ist die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen nicht leicht. Hans Thie hat das mit seinem Buch versucht. Die Diskussion im Koordinierungsrat speziell zu diesen Fragen verblieb aber leider noch etwas vage. Konkreter wurde sie bei der Beurteilung des Wahlkampfes DER LINKEN (S. 4). Die Antwort von Claudia Gohde ist keinesfalls zufriedenstellend. Mit der Einschätzung „... *In dem Energiethema klingt zumindest die ökologische Frage an...*“ wird das ökologische, soziale, wirtschaftsdemokratische und emanzipatorische Potential, das in einer echten Energiewende liegt, völlig verfehlt. Da fragt sich doch: Was nützt das beste Programm – auch auf ökologischem Gebiet, wenn es nicht nach außen offensiv vertreten wird? Das neueste Heft unserer Beiträge zur Umweltpolitik „100 Prozent ökologisch. Notwendige Wahlkampflosung der LINKEN“ (S. 28) misst die Wahlkampflosungen DER LINKEN an den strategischen Erfordernissen, den sich abzeichnenden Vielfachkatastrophen entgegen zu wirken.

Hervorzuheben war die Rolle der Bundestagsfraktion der vergangenen Legislaturperiode auch auf ökologischem Gebiet. Mit Unterstützung der NGOs, die sich mit den Gefahren durch Mobilfunk beschäftigen und Vermittlung durch die Ökologischen Plattform wurde eine Kleine Anfrage (S. 7) eingebracht. Die Antworten der Bundesregierung zeigen – wie auch auf anderen Gebieten (Klimaschutz, Ökologisierung der Landwirtschaft, Daseinsvorsorge vs. Privatisierung usw.), dass der Vorsorgegedanke den Wirtschaftsinteressen untergeordnet wird.

Unabhängig davon, welche Regierungskoalition sich herausbilden wird – um ökologische Ziele zu erreichen, wird ein starker außerparlamentarischer Druck nötig sein.

Zur Diskussion mit Hans Thie über sein Buch „Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft“

Manfred Wolf

Auf der Sitzung des Koordinierungsrates der Plattform am 31.8. konnten wir gemeinsam mit Hans Thie diskutieren. Hans hatte versucht, mit der Vorgabe dreier Themenkomplexe die Diskussion auf Schwerpunkte aus seinem Buch zu konzentrieren - wohl aus der generellen Erfahrung heraus, dass sich die Debatte ohne Rahmgebung in die Breite verläuft. Tatsächlich ist diese Konzentration dann aber so richtig nicht gelungen.

Zur Motivation für sein Buch, das sich vor allem an Linke und Ökologen wende, führte Hans Thie an, dass es ihm auch darum gehe, dem Vergessen von „Plan B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau“, der schon jetzt in der Debatte und im Agieren von LINKE-Politikern kaum noch eine Rolle spielt, entgegen zu wirken. Er meinte, dass die Welt wegen der Öko-Krise - die Senken sind voll und die Quellen versiegen - dringend einen Systemwechsel braucht. Ein Systemwechsel a la alte sozialistische Vorstellungen kommt aber nicht mehr in Frage, er muss heute von der neuen Lage ausgehen, also ökologisch, vernünftig und machbar sein, er muss von einer Idee ausgehen, die zeigt, wohin es geht und die auch angenommen wird. Für die LINKE sei es lebenswichtig, dass sie mit ihrer Politik von der neuen ökologischen Weltlage ausgeht. Andernfalls hat sie keine Chance und das Parteiprojekt LINKE läuft aus.

Ein großer Teil der Diskussion ging daher um die Frage, wo muss man ansetzen, welches Modell kann man anbieten um die Gesellschaft zu verändern. Es wurde klar, dass diese Angebote nicht von „oben“, von den Regierungen der Industriestaaten kommen werden, denn diese wollen ihr Funktionsprinzip Profit nicht aufgeben. Die neuen Ideen können nur „unten“, mit den und durch die Bürger in Formen der Gemeinschaftsökonomie entwickelt werden. Götz Brandt berichtete in diesem Zusammenhang von einem Beispiel richtigen politischen Handelns der LINKEN in Thüringen, wo sie sich stark in die Gründung einer Energie-AG im Landesrahmen eingebracht hat. Regionale und lokale



Organisation der Produktion und Verteilung von Energie ist eine bereits erprobte Möglichkeit, den Energiemonopolen die Macht zu nehmen.

Zum Schluss wies Hans Thie darauf hin, dass bereits heute in Deutschland für einen Modellwechsel eine relativ aufgeschlossene Öffentlichkeit besteht. Rekommunalisierungen treffen auf breites Verständnis und werden von großen Teilen der Bevölkerung gefordert. Dabei würde es sich offensichtlich nicht um die Wiederherstellung eines Zustandes handeln, wie er vor dem Privatisierungsschub vor 15-20 Jahren bestand. Es könnte damit auch eine neue Qualität demokratischer Einflussnahme der Bürger auf Betriebe der Grundversorgung sichergestellt werden.

Weltweit erworbenes Wissen ist heute infolge der elektronischen Verbreitungsmöglichkeiten kaum noch unter Verschluss zu halten. Die Realität hat sich also im Vergleich zu der Zeit vor 1-2 Jahrzehnten bereits sichtbar geändert. Das ist auszubauen. Verbleibt uns in der Plattform die Fortführung der Diskussion zu der Frage, wie die Politik in der Partei zu gestalten ist, damit wir nicht wie bisher Teil des Umweltproblems bleiben. Eine wichtige Aufgabe wird darin bestehen, die ganze Partei auf allen ihren Ebenen zum aktiven Wirken für den „Plan B“ zu mobilisieren. Er darf nicht ein weiteres schönes Dokument der Partei bleiben, sondern muss in lebendige Politik umgesetzt werden.

Zu dem Buch Rotes Grün erreichte uns folgender Brief aus Kanada

von Friedrich Sixel

... gestern abend habe ich das Buch von Hans Thie zu Ende gelesen. ...

Ich möchte jetzt nicht auf alle Einzelheiten eingehen, aber es gibt nichts in ihm, mit dem ich nicht einverstanden wäre. Summa summarum: kein Zweifel, der Weg in die Zukunft verlangt eine neue Richtung, eine „neue Erzählung“, um die Verdrehtheit unseres Verhältnisses zur Natur (um uns und in uns) herumzudrehen. Klassen, Klassenkampf, Revolution reichen nicht mehr, sind nicht verschwunden, sind aber, wie Marx gesagt hätte, „aufzuheben“ in neue Formen.

An der entscheidenden Stelle der Gedankenführung geht mir Hans Thie jedoch nicht weit genug, kann dies auch nicht, wie ich gleich zeigen möchte. Ganz gewiss ist es richtig und von zentraler Bedeutung, wenn er sagt (p. 157), dass das Verständnis der Ökologie selbst ökologisiert werden muss. Aber das bedeutet auch, dass eine „neue Erzählung“, nicht nur „moralisch und logisch den Status quo entzaubern ... und etwas Lebenswertes anbieten muss“, vielmehr muss die „neue Erzählung“ selbst mehr als etwas bloß moralisches und logisches sein. Was soll die Ökologisierung des

Verständnisses von Ökologie denn sein, wenn sie nur logisch und moralisch bliebe, und nicht selbst aus dem naturhaft empfundenen Bewusstsein erwächst, dass der Mensch selbst Natur ist. Knapp gesagt: Die unserer Zeit gemäße Ökologie muss aus dem empfundenen Natursein des Menschen erwachsen. Sie muss mehr sein als eine „neue Erzählung“, nämlich eine neue Ästhetik. Darf ich Maxim Gorki anführen? Er hat davon gesprochen, dass die Zukunft nur zu gewinnen ist, wenn eine neue Ästhetik an die Stelle der alten Ethik tritt.

Nun ist das Ganze nicht nur länger geworden, als ich erwartet hatte, sondern ich fürchte auch, dass es sich so anhört, als ob ich Hans Thies Überlegungen als nicht hinreichend empfinde. Er hat alles gesagt, was derzeit an Wichtigem sagbar ist. Vor allem, wenn er von der Ökologisierung des Verständnisses von Ökologie schreibt. Was darüber hinausgeht, kann man kaum in einer intellektuellen Abhandlung vorbringen. Es sei denn, eine solche Abhandlung würde selbst eine neues ästhetisches Ereignis sein. Aber wer kann schon schreiben wie Bert Brecht oder Heiner Müller?

Brief an Katja Kipping und Bernd Riexinger

Liebe Katja, lieber Bernd!

Auf der Sitzung unseres Koordinierungsrates am 31.8. haben wir auch über die Mitarbeit der Öko-Aktivist*innen in der LINKEN an der Erarbeitung des Wahlprogramms sowie über den bisherigen Verlauf des Wahlkampfes gesprochen. Dabei wurde festgestellt, dass wir mit der Widerspiegelung der ökologischen Positionen der Partei im Wahlprogramm weitgehend zufrieden sind.

Nun wissen wir aber alle, dass Wahlprogramme von den wenigsten Wählern vollständig gelesen werden. Immer noch gelingt es uns deshalb nicht, der von den Medien gern aufgegriffenen Behauptung einer Nicht-Kompetenz der LINKEN in ökologischen Fragen wirksam entgegen zu treten.

Notwendig ist es daher, dass die ökologischen

Positionen der LINKEN auch im öffentlichen Auftreten unserer Spitzenfunktionäre und in der Sichtwerbung in Wahlkampfzeiten zum Ausdruck gebracht werden. Letzteres konnte von den Teilnehmern an unserer Sitzung noch nicht bemerkt werden.

Zudem war es offenbar nicht möglich, wenigstens für ein Wahlplakat der LINKEN einen einprägsamen ökologischen Appell zu finden. Das gleiche gilt für das Kurzwahlprogramm. Offensichtlich haben Ökologen nicht mitgewirkt.

Als Ökologische Plattform stehen wir auf dem Standpunkt, dass Ökologisches und Soziales grundsätzlich im Zusammenhang zu betrachten und in der Politik auch so zu vertreten sind. Deshalb kann man die Lösung dringender ökologischer

Probleme nicht nur im Zusammenhang mit ihrer Bezahlbarkeit einfordern, so richtig die Forderung „Mieten und Energie: Bezahlbar für alle.“ auch ist. Der Schutz unserer Natur ist selbstverständlich auch ein eigenständiger Wert. Die Sorge um sie muss gerade in Wahlkampfzeiten im Auftreten der LINKEN sichtbar werden. Oft werden wir Vertreter der Ökologischen Plattform gefragt, warum sich DIE LINKE öffentlich so wenig über ökologische Positionen definiert.

Anwort

Lieber Manfred, liebe Genossinnen und Genossen der Ökologischen Plattform, euer Schreiben an die Vorsitzenden wurde mir übergeben, da ich als Mitglied des Wahlkampfstabes an der Auswahl der Themen für die Themenplakate beteiligt war.

Bevor ich auf euren Wunsch eingehe: Unser Ziel ist, möglichst viele Stimmen zu erzielen und also viele Menschen anzusprechen. Wahlwerbung kann in den Köpfen nicht mehr die Meinung über eine Partei ändern, sondern Wahlwerbung soll den Wählerinnen und Wählern bestätigen, dass wir die sind, die sie kennen und uns also mit unseren gewohnten guten Seiten erkennbar machen. Aus eigenen Studien wissen wir, dass die Wähler_innen der LINKEN an uns schätzen, dass wir dran bleiben, den Finger in die Wunde legen, Druck machen und neue Ideen haben. Dieser Gestus sollte in unserer Wahlkampagne zum Ausdruck kommen. Und dafür wollten wir eine Sprache wählen, die nicht Politik-Sprech ist, sondern von den Leuten selber gesprochen wird. Wir haben nicht so viele Ressourcen wie die anderen und mussten uns daher bei den Themenplakaten beschränken. Denn je mehr Themen, desto kleiner die Auflage der einzelnen Themen. Darum hatten wir uns eigentlich auf fünf bis sechs Themen festgelegt und es wurden dann sieben plus ein Ostplakat. Dabei haben wir uns auf die Themen konzentriert, bei denen uns die Wähler_innen

Unsere Bitte an Euch, liebe Katja, lieber Bernd und an alle Genossinnen und Genossen des Vorstandes ist es daher, generell und besonders noch bis zur Wahl zu helfen, dass das „ökologische“ Bild der LINKEN etwas aufgebessert wird.

Mit solidarischen Grüßen und im Auftrag des Koordinierungsrates

Manfred Wolf

kennen, glaubwürdig finden und am Ball sehen – die „Brot-und-Butter-Themen“, und die Themen, die unsere Wählerschaft nicht spalten. Es sind damit die gleichen Themen wie 2009 geworden mit zwei Ergänzungen: die Plakate zu Mieten/Energie und Gesundheit. In dem Energiethema klingt zumindest die ökologische Frage an.

Unsere Partei gilt nicht als Ökologie-Partei, auch wenn unser Programm darin topp ist. Das Thema gilt als grünes Thema und wenn man es thematisiert, werden auch immer die Grünen mit thematisiert. Auch ihr sagt ja, dass wir das thematisieren sollen, damit das Image der Medien umgedreht wird. Das ist im Wahlkampf einfach nicht möglich. Zudem sind für unsere Wähler_innen wahlentscheidend: Arbeit, Bildung, Eurokrise, soziale Gerechtigkeit, Rente, Familie und Frieden als Überfliegerthema, wenn die Bedrohung akut wird.

Wir haben alle Plakate und weitere Entwürfe in Fokus-Gruppen getestet und uns für die entschieden, die eindeutig mit uns positiv verbunden werden. Insofern haben wir ein Ökologie-Plakat nicht in die engere Wahl genommen. Ich hoffe auf euer Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Gohde

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE

Volksentscheid erfolgreich – jetzt die vollständige Realisierung durchsetzen!

Gilbert Siegler

Die HamburgerInnen haben entschieden, dass „Senat und Bürgerschaft unverzüglich alle notwendigen Schritte“ zu unternehmen haben, „um die Hamburger Strom-, Gas- und Fernwärmenetze wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen.“ Der Volksentscheid hat auch die energiepolitischen Ziele dieser Rekommunalisierung festgelegt: „Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.“ DIE LINKE Hamburg hat die Volksinitiative *Unser Hamburg – unser Netz*, die den Volksentscheid durchsetzte, von Anfang an tatkräftig unterstützt. Die HamburgerInnen haben sich mehrheitlich durch die gewaltige Propagandaschlacht von Vattenfall, SPD-CDU-FDP, Handelskammer, Unternehmerverbänden und Springerpresse nicht beirren lassen. Trotz massiver Unterstützung durch die meisten Medien, offener Lügen („nur Rohre und Kabel“, „2 Mrd. aus dem Haushalt“ usw.) der Freunde von Vattenfall und E.on hat sich die Erkenntnis durchgesetzt:

Fernwärmeversorgung und die Strom- und Gasnetze gehören in die Hand der Stadt, denn

- sie müssen dem Gemeinwohl dienen und nicht dem Profit der Energiekonzerne
- eine wirkliche Energiewende, weg von Kohle und Atom, hin zu einer sozial gerechten, klimaverträglichen Energieversorgung aus erneuerbaren Energien ist mit Vattenfall, E.on & Co. nicht möglich
- die Stadt muss endlich wieder Einfluss auf die Entwicklung der Energieversorgung Hamburgs bekommen.

440.000 HamburgerInnen haben gezeigt, dass „die da oben“ doch nicht machen können, was sie wollen. Sie haben mit dem erfolgreichen Volksentscheid die Tür aufgestoßen zu einer neuen Energiepolitik Hamburgs, die Klimaschutz ermöglicht und Energiearmut verhindert. Ein wichtiger Schritt neoliberaler Privatisierung wird rückgängig gemacht. Jetzt gilt es, den SPD-Senat, der „in

vertrauensvoller Zusammenarbeit“ mit dem Atom- und Braunkohlekonzern Vattenfall alles versucht hat, dieses Votum zu verhindern, zur vollständigen Umsetzung zu bewegen. Die Volksinitiative und zahlreiche HamburgerInnen werden sehr genau darauf achten, ob der Senat und die SPD-Fraktion „unverzüglich alle notwendigen Schritte“ unternehmen, um den Volkswillen umzusetzen. Und auch DIE LINKE und ihre Bürgerschaftsfraktion werden darauf achten, dass der SPD-Senat nicht versucht, das Ergebnis des Volksentscheids zu unterlaufen. Die Zeit der Kungelrunden von Regierenden und Konzernen muss der Vergangenheit angehören!

Hamburg braucht neue Stadtwerke. Neben Hamburg Energie, Hamburg Wasser, den neuen Netzgesellschaften Strom und Gas sowie der Fernwärme-gesellschaft sollten mittelfristig weitere öffentliche Unternehmen, z.B. die Hamburger Hochbahn, dazu gehören. Zur Entwicklung konkreter Formen direkt-demokratischer Einflussnahme ist ein breiter gesellschaftlicher Diskurs zu organisieren. In diesen ist die Volksinitiative ebenso einzu-beziehen wie Umwelt- und Sozialverbände und Gewerkschaften. Voraussetzung für wirkliche demokratische Partizipation ist umfassende Transparenz. Die Netz- und Fernwärme-gesellschaften müssen – wie die Stadtwerke insgesamt – eine Rechtsform und Unternehmenssatzung erhalten, die eine umfassende Information von Bürgerschaft und Bevölkerung sicher stellt.

Des weiteren fordern wir für die Beschäftigten, die im Rahmen eines Betriebsübergangs nach §613a BGB übernommen werden, einen dauerhaften Bestandsschutz für sämtliche tariflich vereinbarten Beschäftigungsbedingungen.

Wird der Volksentscheid in diesem Sinne umgesetzt, steht Hamburg vor einer energiepolitischen Zeitenwende: Die Fernwärmeversorgung kann schnell dem Gemeinwohl verpflichtet werden, weil das ganze System übernommen wird. Bei der Strom- und Gasversorgung werden als erster Schritt die Netze diesem Prinzip untergeordnet.

Dem Ziel, die gesamte Energieversorgung dem Profitprinzip, also dem Kapitalverwertungsprozess zu entziehen, ist Hamburg ein großes Stück näher gekommen. Mit dem Schwung der neuen Energiebewegung, die in den letzten Jahren in Hamburg entstanden ist, kann das gelingen.

DIE LINKE wird auch in Zukunft dafür eintreten, dass alle Bereiche gesellschaftlicher Daseinsfürsorge wie Wasser- und Energieversorgung, Öffentlicher Verkehr, Krankenhäuser, Bildung usw. in öffentlichem Eigentum bleiben bzw. wieder vergesellschaftet, also in die Hand der Kommunen überführt werden.

Mobilfunktechnik und Gesundheitsschutz

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Stüber, Eva Bulling-Schröter, Ralph Lenkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 17/14548 –

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Mobilfunktechnologie wird erst seit Mitte der 90er-Jahre in breitem Umfang genutzt und hat seitdem die Kommunikation in der Gesellschaft revolutioniert. Aufgrund der rasanten technischen Entwicklung sind elektromagnetische Felder längst allgegenwärtig und die Mobilfunktechnologie aus dem gesellschaftlichen Alltag kaum mehr wegzudenken. Die Auswirkungen elektromagnetischer Felder auf die menschliche Gesundheit sind dagegen umstritten. Doch unterdessen kann auch die Forschung belastbare und somit verwertbare Ergebnisse vorlegen. Fest steht, dass insbesondere die sogenannte Mobilfunkstrahlung immer wieder in Zusammenhang mit Krankheiten wie Krebs, Parkinson oder Alzheimer gebracht wird. Selbst die Weltgesundheitsorganisation(WHO) bestätigt einen möglichen Zusammenhang zwischen Mobiltelefonnutzung und bestimmten Hirntumoren (Pressemitteilung auf www.iarc.fr vom 31. Mai 2011).

Die Forschungsergebnisse können Gefahren für die menschliche Gesundheit auch dort nicht ausschließen, wo bisher noch kein eindeutiger Wirkmechanismus festgestellt werden kann. Zur Langzeitwirkung und zu der Auswirkung auf Schwangere, Föten und Kinder gibt es immer noch viele Forschungsdefizite. Und dennoch wird die Mobilfunktechnologie unterdessen vom Europäischen Parlament, Europarat, von der Europäischen Umweltagentur, von Versicherungsgesellschaften, unabhängigen Expertenvereinigungen wie der ICEMS (Internationale Kommission für elektromagnetische Sicherheit), der RNCNIRP (Russische Kommission zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung), von Umweltverbänden wie dem BUND, der internationalen Wissenschaftlergruppe – BioInitiative und vielen Bürgerinitiativen als Risikotechnologie eingestuft. Im Jahr 2012 erklärten im Eurobarometer-Bericht der Europäischen Kommission zu den elektromagnetischen Feldern (European Commission, SpecialEurobarometer, Eurobarometer 73.3., Electromagnetic Fields, 2012, www.ec.europa.eu/health/electromagnetic_fields/eurobarometers/index_en.htm) 48 Prozent der Europäerinnen und Europäer, dass sie über mögliche Risiken des Mobilfunks besorgt seien. Circa 76 Prozent vermuten ein Risiko durch die Funkmasten und ca. 73 Prozent durch Mobiltelefone. Immer mehr Menschen sind nicht nur besorgt, sondern fühlen sich beeinträchtigt. Immer mehr Hausärzte in Deutschland gehen überdies von einem Zusammenhang zwischen elektromagnetischen Feldern und gesundheitlichen Beschwerden aus. Auch die Elektrosensibilität rückt dabei mehr und mehr in den Fokus. Die fortschreitende Technisierung unserer Gesellschaft macht es unmöglich, der elektromagnetischen Dauerbestrahlung zu entgehen. Umso wichtiger ist es, die vorhandene Strahlenbelastung zu senken, um schädigende Auswirkungen auf die Gesundheit zu vermeiden.

Das Vorsorgeprinzip ist einer der Grundsätze deutscher Umweltpolitik und verfolgt, auch europaweit über die Schadensbeseitigung und Gefahrenabwehr (Schutzgrundsatz) hinaus, das Ziel, potenziell umweltbelastende Verhaltensweisen zu unterbinden. Es geht also darum, theoretisch mögliche bzw. vermutete und nicht wie bei der Gefahrenabwehr hinreichend wahrscheinliche Umweltschäden zu vermeiden

(Vorsorgegrundsatz des Bundes-Immissionsschutzgesetzes – BImSchG). Damit sind auch solche Schadensmöglichkeiten in Betracht zu ziehen, für die noch keine Gefahr, sondern nur ein Gefahrenverdacht oder ein Besorgnispotenzial besteht.

Die staatliche Vorsorgepolitik muss daher Maßnahmen ergreifen, die die Strahlungsintensität auf ein Maß beschränkt, bei dem eine Gesundheitsgefährdung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen ist. Zusätzlich erfordert das eine umfassende Aufklärung der Bevölkerung über mögliche gesundheitliche Gefährdungen. Vor allem Kinder und Jugendliche müssen den Umgang mit dieser alltäglichen Risikotechnik erlernen. Und Kommunen benötigen uneingeschränkte Planungshoheit über die Aufstellung von Basisstationen.

Laut den letzten Berichten der Bundesregierung über die Forschungsergebnisse in Bezug auf die Emissionsminderungsmöglichkeiten der gesamten Mobilfunktechnologie und in Bezug auf gesundheitliche Auswirkungen nieder- und hochfrequenter Strahlung (Bundestagsdrucksachen 17/4408 und 17/12027) bestehen vor allem wissenschaftliche Unsicherheiten über mögliche Langzeitriskien bei intensiver Handynutzung über mehr als zehn Jahre und bei der Wirkung auf Kinder. Die vom Deutschen Bundestag am 13. Juni 2013 beschlossene Novelle der 26. Bundes-Immissionsschutzverordnung (Bundestagsdrucksache 17/13421) zur Änderung der Vorschriften über elektromagnetische Felder und das telekommunikationsrechtliche Nachweisverfahren soll einen besseren Schutz der Bevölkerung vor möglichen gesundheitlichen Risiken durch elektrische, magnetische und elektromagnetische Felder gewährleisten. Allerdings blieben die Grenzwerte im Bereich der hochfrequenten Felder unverändert; ortsfeste Hochfrequenzanlagen mit zehn Watt EIRP (EIRP: equivalent isotropically radiated power, Äquivalent isotroper Strahlungsleistung) sind von der Regelung ausgenommen und Vorsorgeregelungen wurden nicht festgeschrieben.

1. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf angesichts der ständig steigenden Nutzung und der Zunahme von privaten und öffentlichen Sendeanlagen, die weitere Sendernetze erfordern und damit die Exposition von Mensch und Umwelt gegenüber elektromagnetischer Strahlung weiter steigern?

Die Bundesregierung verfolgt die Veränderungen bei den drahtlosen Kommunikationstechniken. Um Aufschlüsse über die Exposition der Bevölkerung durch neue Sendernetze zu gewinnen, wurde im Rahmen des Umweltforschungsplans des Bundesumweltministeriums das Forschungsvorhaben „Bestimmung der Exposition der allgemeinen Bevölkerung durch neue Mobilfunktechniken“ durchgeführt. Diese Forschungsergebnisse lassen keinen Handlungsbedarf erkennen, da die Exposition der Bevölkerung nach wie vor nur wenige Prozent des Grenzwertes beträgt.

2. Auf welchen wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren die in der Verordnung (Bundestagsdrucksache 17/13421) zur Änderung der Vorschriften über elektromagnetische Felder und das telekommunikationsrechtliche Nachweisverfahren festgelegten Grenzwerte, und

welche aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse wurden hinsichtlich möglicher Gesundheitswirkungen einbezogen (bitte aufzählen)?

Die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse, auf denen die Grenzwerte der Verordnung zur Änderung der Vorschriften über elektromagnetische Felder und das telekommunikationsrechtliche Nachweisverfahren basieren, sind in den Stellungnahmen und Risikobewertungen des Wissenschaftlichen Ausschusses „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ (SCENIHR) der Europäischen Union, der Internationalen Kommission zum Schutz vor nicht ionisierender Strahlung (ICNIRP), der Strahlenschutzkommission (SSK) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zusammengefasst.

3. Wurde für die Überprüfung und Festlegung der geltenden Grenzwerte ein Wirkungsmuster aus verschiedenen Ursachen berücksichtigt (Kombinations-/ Mehrfachwirkungen unterschiedlicher Umweltnoxen), oder wurde die isolierte Wirkung hochfrequenter Strahlung auf Organismen herangezogen (in beiden Fällen bitte erläutern)?

In die Festlegung und Überprüfung der geltenden Grenzwerte fließt das wissenschaftliche

Gesamtbild ein, also auch die Ergebnisse von Studien, die sich mit kombinatorischen Wirkungen befassen. Die Ergebnisse bisheriger Studien zu möglichen co-cancerogenen/tumorpromovierenden Wirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder sind inkonsistent. Die Fragestellung wird im Rahmen des Umweltforschungsplans des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit weiter verfolgt.

4. Wie wird das Maß einer ungünstigen Wirkung elektromagnetischer Felder auf die menschliche Gesundheit für die Ableitung von Schutz und Vorsorgestandards bestimmt, und wie werden davon Grenzwerte abgeleitet?

Bei der Festlegung der Grenzwerte für hochfrequente elektromagnetische Felder wurden alle wissenschaftlich nachgewiesenen gesundheitlichen Wirkungen berücksichtigt. Nach dem aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand sind die nachgewiesenen Effekte Schwellenwirkungen, die nur oberhalb definierter Expositionshöhen auftreten. Die Grenzwerte wurden so festgelegt, dass sie vor der Wirkung mit der niedrigsten bekannten Schwelle schützen.

5. Welche Sicherheitsfaktoren werden bei der Festlegung von Grenzwerten, in welcher Höhe und warum angewandt?

Im Bereich der hochfrequenten elektromagnetischen Felder wurde ein Sicherheitsfaktor von 50 zwischen den Grenzwerten und den Wirkungsschwellen ein geführt. Dieser Sicherheitsfaktor berücksichtigt ungünstige Umweltbedingungen bezüglich der Temperatur oder der Luftfeuchtigkeit, hohe körperliche Aktivität, eine möglicherweise erhöhte Temperaturempfindlichkeit bestimmter Bevölkerungsgruppen sowie Krankheiten und Medikationen, die eine erhöhte Thermosensibilität bedingen könnten.

6. Kommen bei der Festlegung von Grenzwerten für elektrische, magnetische und elektromagnetische Felder Sicherheitsfaktoren zur Anwendung, die in der Höhe mit denen aus der Toxikologie üblichen Werten vergleichbar sind? Wenn nein, warum nicht?

Bei den nachgewiesenen, den Grenzwerten zugrundeliegenden Wirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder handelt es sich (anders als

z. B. bei krebserregenden Substanzen) um Schwellenwirkungen, siehe auch Antwort zu Frage 4. Die Höhe von Sicherheitsfaktoren bemisst sich danach, wie genau eine Wirkungsschwelle definiert werden kann. Im Unterschied zu bestimmten stofflichen Einträgen findet eine Speicherung oder Akkumulation von hochfrequenten Feldern im Körper nicht statt.

7. Wie werden langfristig einwirkende, nicht akut toxisch wirkende Effekte bei den nicht-thermischen Wirkungen im Hinblick auf die Definition von Adversität gemäß der VDI-Richtlinie 2308 Bl. 1 (Abschätzung des gesundheitlichen Risikos im Immissionsschutz, Juni 2009) begründet?

Unterhalb der geltenden Grenzwerte sind keine gesundheitlich relevanten nicht-thermischen Effekte nachgewiesen.

8. Wie erklärt es die Bundesregierung, dass sie in den Änderungen der Vorschriften über elektromagnetische Felder und das telekommunikationsrechtliche Nachweisverfahren den Grundsatz des Vorsorgeprinzips, das dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zu Grunde liegt und in Artikel 20a des Grundgesetzes verankert ist, nicht für den Bereich der hochfrequenten elektromagnetischen Strahlung anwendet, obwohl sie Vorsorgeregulungen im Bereich der niederfrequenten Felder umsetzt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Internationale Krebsagentur (IARC) beide Bereiche in ihrer ganzen Bandbreite für möglicherweise krebserregend eingestuft hat und zahlreiche Hinweise für biologische Wirksamkeiten unterhalb der Schwelle der Grenzwerte vorliegen?

Dem Vorsorgeprinzip im Bereich der hochfrequenten elektromagnetischer Felder tragen die Verordnung zur Begrenzung elektromagnetischer Felder (BEMFV) und die Verordnung über elektromagnetische Felder (26. BImSchV) hinreichend Rechnung. Das Grenzwert- und Vorsorgekonzept basiert auf neuesten Erkenntnissen und Empfehlungen anerkannter wissenschaftlicher Gremien, wie der Internationalen Kommission zum Schutz vor nichtionisierenden Strahlen (ICNIRP), der deutschen Strahlenschutzkommission (SSK) und der International Agency for Research on Cancer (IARC).

Die Ergebnisse des Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramms und neuere wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass unterhalb der geltenden Grenzwerte aus wissenschaftlicher Sicht keine gesundheitlichen Auswirkungen zu erwarten sind. Die durch Hochfrequenzanlagen verursachten Expositionen erreichen in der Regel nur einen Bruchteil der Grenzwerte. Für Hochfrequenzanlagen wird daher kein Handlungsbedarf für weitergehende rechtsverbindliche Vorsorgeregelungen gesehen.

Abseits rechtlicher Regelungen umfassen die Vorsorgemaßnahmen der Bundesregierung die Förderung von Forschungsvorhaben, um das Wissen zur Risikobewertung weiter zu verbessern. Weiterhin veranlasst die Bundesregierung die Erhebung und Veröffentlichung von realen Expositionswerten (z. B. in der EMF-Datenbank der Bundesnetzagentur) sowie die Bereitstellung von allen Informationen zum Thema Mobilfunk, u. a. auf den Internetseiten des Bundesamtes für Strahlenschutz. Diese Aktivitäten der Bundesregierung werden auch weiterhin fortgeführt.

9. Wie definiert die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Vorsorge, und wie will sie durch die geltenden Grenzwerte gesundheitliche Risiken für Menschen, die dauerhaft elektromagnetischen Feldern ausgesetzt sind, ausschließen (bitte begründen)?

Auf die Antwort zu Frage 8 wird verwiesen. Die geltenden Vorschriften gehen von keiner zeitlichen Limitierung bei der Exposition aus. [...]

12. Plant die Bundesregierung eine Änderung der 26. Bundes-Immissionsschutzverordnung mit vorsorgeorientierten und kindergerechten Grenzwerten, insbesondere für Orte mit empfindlicher Nutzung, wie zum Beispiel Schlaf-, Wohn-, Schul- und Krankenzimmer, sowohl für den Niederfrequenz- als auch für den Hochfrequenzbereich?

Wenn ja, wie wird diese Änderung aussehen, und bis wann ist damit zu rechnen?

Wenn nein, warum nicht (bitte erläutern)?

Die Bundesregierung plant derzeit keine weitere Änderung der 26. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz in Bezug auf vorsorgeorientierte Grenzwerte und Orte, da die geltenden Grenzwerte

vor allen wissenschaftlich nachgewiesenen gesundheitsrelevanten Effekten schützen und in der Regel nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft werden. [...]

17. Wird die Bundesregierung Maßnahmen zum umfassenden Schutz von elektrosensiblen Menschen und zur Anerkennung der Elektrohypersensibilität als Krankheit und Behinderung ergreifen? Wenn ja, welche und bis wann? Wenn nein, warum nicht?

Es existieren keine klaren diagnostischen Kriterien für „Elektrosensibilität“ und keine wissenschaftliche Basis, um die berichteten Symptome mit der Wirkung elektromagnetischer Felder zu verknüpfen. Zu dieser Einschätzung kommt auch die deutsche Strahlenschutzkommission; sie stimmt darin mit den Schlussfolgerungen internationaler Fachgremien (z. B. WHO) überein. Auf dieser Grundlage geht die Bundesregierung davon aus, dass „Elektrosensibilität“ nicht in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Exposition durch elektrische, magnetische oder elektromagnetische Felder zu sehen ist.

18. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Leitlinie der Österreichischen Ärztekammer zum EMF-Syndrom (Beschwerden und Krankheiten, die durch elektromagnetische Felder – EMF – hervorgerufen werden)?

Die Bundesregierung hat das Konsenspapier der Arbeitsgruppe EMF der Österreichischen Ärztekammer zur Kenntnis genommen. [...]

21. Welche Maßnahmen sind als Bestandteil der staatlichen Vorsorge zur Aufklärung der Bevölkerung über die gesundheitlichen Risiken durch elektromagnetische Felder geplant?

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 8 und 23 verwiesen.

22. Plant die Bundesregierung eine ähnliche Gesetzesinitiative zum Schutz von Kindern wie das 2010 in Frankreich verabschiedete Umweltschutzgesetz Grenelle 2, das u. a. die Handynutzung für Kinder in Kindergärten, Grund- und Sekundarschulen untersagt und die Werbung für Mobiltelefone verbietet, wenn sie sich an Kinder unter 14 Jahren wendet? Wenn nein, warum nicht (bitte begründen)?

Nein, da es derzeit keine wissenschaftliche Grundlage für eine solche Gesetzesinitiative gibt. Siehe auch Antwort zu Frage 12.

23. Wie will die Bundesregierung der besonderen Gefährdung von Kindern und Jugendlichen entgegenwirken, und welche Rolle sollen dabei Kindertagesstätten, Schulen und Berufsschulen beim Erlernen eines verantwortungsvollen risikomindernden Umgangs der Kinder und Jugendlichen mit Mobilfunk übernehmen?

Bei der wissenschaftsbasierten Grenzwertfestlegung wurde einer Schutzbedürftigkeit möglicherweise empfindlicherer Bevölkerungsgruppen Rechnung getragen (siehe Antwort zu Frage 5). Vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Unsicherheiten, etwa im Hinblick auf lebenslange intensive Nutzung von Mobiltelefonen, misst die Bundesregierung Vorsorgemaßnahmen eine hohe Bedeutung zu. Dazu gehört neben Forschungsaktivitäten zur Verringerung verbleibender Unsicherheiten die Information der Bevölkerung, um die individuelle Strahlenexposition zu verringern. Hierzu können Schulen einen Beitrag leisten. Das Bundesamt für Strahlenschutz unterstützt dies durch zielgruppengerechte Informationsangebote (z. B. Unterrichtsmaterial Mobilfunk).

24. Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung im Rahmen ihrer Vorsorgepflicht, die Konsumkompetenz der Bürgerinnen und Bürger über die üblichen Verbraucherschutzinformationen hinaus zu stärken?

Die Stärkung der Konsumkompetenz der Bürgerinnen und Bürger und die Förderung eines verantwortlichen und selbstbestimmten Konsumverhaltens ist gerade angesichts immer komplexer werdender Märkte ein ständiges und wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Über die vielfältigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung der Verbraucherbildung hinaus sieht die Bundesregierung keinen Handlungsbedarf.

25. Wie schätzt die Bundesregierung die Vorsorgewirkung einer Gefahrenkennzeichnung auf Mobilfunkprodukten und die Angabe des SAR-Wertes mit Nutzungsempfehlungen beim Verkauf von Mobiltelefonen ein, und plant die Bundesregierung, diese Vorsorgemaßnahmen verpflichtend durchzusetzen? Wenn ja, bis wann?

Wenn nein, warum nicht?

Europäische Regelungen erfordern, dass Mobilfunkprodukte die international empfohlenen SAR-Werte einhalten müssen, wodurch nach dem derzeitigen Wissensstand alle gesundheitlichen relevanten Auswirkungen ausgeschlossen werden können. Eine Grundlage für eine Gefahrenkennzeichnung hinsichtlich elektromagnetischer Felder von Mobilfunkgeräten existiert somit nicht. Die SAR-Werte sind mit Nutzungsempfehlungen im jeweiligen Gerätehandbuch zu finden. Zudem werden im Internet (z. B. auf der Internetseite des Bundesamtes für Strahlenschutz) die SAR-Werte von zahlreichen Mobilfunkgeräten veröffentlicht. Eine für den Verbraucher einfach zu erkennende freiwillige Kennzeichnung der Geräteeigenschaften hält die Bundesregierung für wünschenswert. [...]

27. Aus welchen Gründen zieht die Bundesregierung das Modell der freiwilligen Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber stringenten gesetzlichen Anforderungen im Sinne der Gesundheitsvorsorge vor?

Für Hochfrequenzanlagen wird aufgrund der wissenschaftlichen Datenlage kein Handlungsbedarf für rechtsverbindliche Vorsorgeregulungen gesehen.

28. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, den gesamten Bereich der nichtionisierenden Strahlung umfassend gesetzlich zu regeln (vergleichbar mit der gesetzlichen Regelung für ionisierende Strahlung)? Wenn nein, warum nicht (bitte erläutern)?

Die gesetzlichen Grundlagen, um weitere fachlich notwendige Rechtsvorschriften im Bereich der nichtionisierenden Strahlung zu erlassen, sind bereits in dem Gesetz zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung bei der Anwendung am Menschen (NiSG) vorhanden.

Aus Platzgründen musste der Text gekürzt werden. Die komplette Antwort findet sich auf unserer Internetseite.

Atomausstieg: Jetzt!

Ein Standpunkt von Anika Limbach, AntiAtomBonn



Foto: Myratz/Wikimedia Commons ¹¹

Im Wahlkampf spielt die Atomkraft keine Rolle. Auch sonst vermeiden es Spitzenpolitiker fast aller Parteien, das Thema auch nur zu erwähnen. Sie tun so, als sei mit dem beschlossenen „Atomausstieg“ die Gefahr eines GAUs in Deutschland gebannt. Damit nehmen sie ein ähnliches Risiko in Kauf wie ihre Kollegen in Japan vor der nuklearen Katastrophe.

Der Betrieb von Atomkraftwerken ist immer mit einem Risiko verbunden, egal wie hoch die Sicherheitsstandards sind. Es gibt aber Faktoren, die das Risiko zusätzlich erhöhen. Dazu zählen Fehler und Nachlässigkeiten sowie steigende Gefahren, etwa durch den Alterungsprozess. Beides trifft auf unsere Atomreaktoren zu.

„In den Grundzügen ist die jetzige Situation in Deutschland vergleichbar mit der Situation in Japan vor der Atomkatastrophe,“ schreibt Oda Becker in einer im März erschienenen BUND-Studie über aktuelle Probleme und Gefahren bei deutschen Atomkraftwerken.¹ Der GAU in Fukushima wäre nicht

passiert, wenn der AKW-Betreiber Tepco den bekannten Risiken – starkes Erdbeben und Tsunami – vorgebeugt hätte, und zwar sowohl bei der Auslegung des Atomkraftwerks als auch in Bezug auf notwendige Nachrüstungen.

In Deutschland und Europa ist nach der Fukushima-Katastrophe vor allem der Einfluss äußerer Ereignisse auf die Sicherheit von Atomkraftwerken genauer untersucht worden.² Das Ergebnis war verheerend: Deutsche Atomreaktoren sind nicht ausreichend gegen Erdbeben und Hochwasser geschützt, und bei einem schweren Unfall wäre die Funktionsfähigkeit von Notfallmaßnahmen nicht gewährleistet. Beispielsweise kann die Kühlung der Brennelemente in Lagerbecken ausfallen – ein besonderes Problem im AKW Grundemmingen.³ Darüber hinaus könnte der Absturz eines großen Verkehrsflugzeuges eine Kernschmelze herbeiführen, genauso wie terroristische Bodenangriffe und

² <http://www.klimaretter.info/umwelt/nachricht/12099-europas-akws-sind-nicht-sicher>

³ <http://www.klimaretter.info/energie/hintergrund/8225-gundremmingen-laeuft-laeuft-und-laeuft>

¹ <http://www.bund.net/pdf/atomstrom2013>

Cyberattacken. Extreme Wetterereignisse, die in Zeiten des Klimawandels zunehmen, können prekäre Situationen verschärfen.

Einer der Faktoren, die die Sicherheit von Atomkraftwerken am stärksten beeinträchtigen, ist der Alterungsprozess. Er beginnt in der Regel nach 20 Jahren. Die Risikokurve steigt danach nicht linear, sondern exponentiell an. Tückisch ist vor allem, dass dann nicht nur die Anzahl der Störfälle zunimmt, sondern auch die graduelle Schwächung von Werkstoffen. Die ist oft sehr schwer zu erkennen, besonders im Bereich des Reaktordruckbehälters. Dadurch kann es ohne vorherige Anzeichen zu einem plötzlichen, gravierenden Unfall kommen. Bis in 1990er Jahre hinein wurden deshalb in Europa Atomkraftwerke nach 20 oder spätestens nach 25 Jahren stillgelegt. Doch mit dem Einzug des neoliberalen Denkens gewannen ökonomische Aspekte die Vorherrschaft gegenüber Sicherheitsbedenken.⁴ Die Folge: Atomkraftwerke in Betrieb werden immer älter und gefährlicher. Als 2011 die nukleare Katastrophe in Fukushima die Welt in Atem hielt, waren in Deutschland bereits zwölf Reaktoren länger als 25 Jahre in Betrieb. Dass in den folgenden Monaten acht von ihnen stillgelegt wurden, ist nüchtern betrachtet eine längst überfällige Maßnahme gewesen.

Nächstes Jahr werden alle neun noch laufenden Reaktoren überaltert sein, acht sind es heute schon. Falls der beschlossene „Atomausstieg“ nicht beschleunigt wird, erreichen die deutschen AKWs sogar ein durchschnittliches Alter von knapp 35 Jahren, bevor sie endlich vom Netz gehen. Das ist schon fast kriminell.

Hinzu kommt, dass die notwendige Sicherheitskultur der Bedienungsmannschaft und des Managements immer weniger gewährleistet ist. Ein zunehmender ökonomischer Druck auf Seiten der Betreiber, Einsparungen, Stellenkürzungen sowie ein chronischer Fachkräftemangel verschärfen diese Entwicklung. Die erwähnte Materialermüdung wird außerdem durch ein häufigeres Hoch- und Runterfahren beschleunigt⁵ – womit einmal

4 <http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/7189-bundestag-beschliesst-laengere-laufzeiten>

5 <http://www.presseportal.de/pm/75892/2011272/haeufiges-drosseln-und-hochfahren-gefaehrden-akw-sicherheit->

mehr bestätigt wird, dass sich die Energiewende und der Betrieb von Atomkraftwerken im Grunde gegenseitig ausschließen.⁶

Die Rekorde beim deutschen Stromexport lassen es vermuten und die aktuellen Zahlen zum Kraftwerkspark bestätigen es: Wir könnten sofort aus der Atomenergie aussteigen und gleichzeitig über 20 Kohlekraftwerke stilllegen, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.⁷ Selbst wenn man Solar- und Windstrom nicht einbezieht, hätte man



Die Regisseurin und Autorin Anika Limbach engagiert sich seit 2009 bei AntiAtomBonn, einer Gruppe, die sich mit unterschiedlichen Aktionen für den sofortigen Atomausstieg und eine dezentrale Energiewende einsetzt.

bei einem Sofortausstieg auch zur Jahreshöchstlast – einschließlich der Reserveleistung – genügend Strom zur Verfügung.⁸ Die sogenannte potenzielle

studie-von-atomexperte-wolfgang

6 <http://www.antiatombonn.de/index.php/gefahren-der-atomkraft>

7 http://www.bundesnetzagentur.de/cln_1911/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Erzeugungskapazitaeten/Kraftwerksliste/kraftwerksliste.html

8 <http://www.antiatombonn.de/index.php/sofortausstieg>

Stromlücke in Süddeutschland ließe sich ohne Weiteres mithilfe der bestehenden Übertragungsnetze ausgleichen.⁹

Damit ist auch das letzte Argument entkräftet, das Politiker im Mund führen, um das parlamentarisch geschnürte Paket, den Zeitplan für den „Atomausstieg“, nicht noch einmal aufschnüren zu müssen. Der Stromüberschuss ist inzwischen so groß, dass Atomkraftwerke auch für die Betreiber immer unrentabler werden. Die Stromkonzerne „drohen“ schon mit Stilllegung. Die Bundesregierung

9 <http://www.klima-luegendetektor.de/2012/01/11/die-welt-falsche-blackout-panikmache/>

– sowohl die alte als auch die zukünftige – könnte sie beim Wort nehmen und einen sofortigen Atomausstieg herbeiführen.¹⁰

Warum wird diese Chance so systematisch totgeschwiegen?

Ist nach Ansicht von Sicherheitsexperten besonders gefährlich und sollte abgeschaltet werden, soll aber nach dem Willen des Betreibers RWE noch mehr Atomstrom als vorgesehen liefern: das AKW Gundremmingen. Im Hintergrund die Donau, einige Kilometer weiter liegen Großstädte wie Augsburg und Ulm.

10 <http://www.taz.de/!122773/>

Das „Jahrhunderthochwasser“ ist keine Naturkatastrophe!

Gilbert Siegler

Nur 11 Jahre nach der Hochwasserkatastrophe 2002 traten Donau, Elbe und zahlreiche weitere Flüsse in einem Ausmaß über ihre Ufer, das mache Orte noch nie erlebt haben. Das Ausmaß der Zerstörungen etwa in Passau, Deggendorf, Halle und weiten Landstrichen Sachsen-Anhalts wird erst nach und nach klar.

Prof. Dr. Mojib Latif vom Helmholtz Centre for Ocean Research Kiel stellte dazu unlängst fest:

Die Stärke und Häufigkeit von extremen Wetterereignissen wie Starkregen hat im letzten Jahrzehnt messbar zugenommen. Ursache dieser verhängnisvollen Entwicklung ist der sich beschleunigende Klimawandel.

In diesen Tagen geht es natürlich um die unmittelbaren Hilfen für die Menschen, deren Wohnungen oder berufliche Lebensgrundlagen zerstört worden sind. Bevor die mediale Aufmerksamkeit aber zum nächsten Thema wandert, muss eine breite Diskussion über die Ursachen der Katastrophe beginnen, die in der herrschenden Politik zu suchen sind.

Da ist zunächst auf die Versäumnisse nach dem Hochwasser 2002 hinzuweisen. Natur braucht mehr Raum, um dem Hochwasser langfristig entgegenzuwirken. Auen und Moore müssen als Wasserrückhalteflächen erhalten bleiben. Vielerorts muss der Raum, in dem sich Hochwasser gefahrlos auffangen lässt, erst wieder hergestellt werden.

Darüber ist 2002 viel geredet worden, getan wurde – wie wir heute sehen – viel zu wenig.

Acht Milliarden sollen für die Hochwasseropfer zur Verfügung gestellt werden und ein ernsthafter Hochwasserschutz wird ebenfalls mehr Geld kosten, als bisher eingeplant war. Woher nehmen? Es gibt eine einfache Lösung: Einige Fregatten, Korvetten, Eurofighter, A400-Transportflugzeuge usw. für die Bundeswehr weniger (besser noch: gar keine) und schon stehen viele Milliarden für den wirklichen Schutz der BürgerInnen zur Verfügung.

Zunehmend dramatisch ist die Klimaentwicklung, welche die Stärke und Häufigkeit von Starkregen, Dürrephasen, Hitzeperioden, heftigen Stürmen usw. deutlich zunehmen lässt. Die etablierten Parteien, allen voran die Regierungskoalition, werden auch weiterhin behaupten, Deutschland sei Klimaschutzweltmeister, nur die anderen – vor allem die bösen Chinesen – zögen nicht mit. In den wichtigsten Bereichen geht die Entwicklung in Deutschland allerdings in die falsche Richtung. Das gilt besonders in der Energiepolitik. Die „Energiewende“ ist in aller Munde, aber es werden neue Steinkohle- und sogar Braunkohlekraftwerke in Betrieb genommen. Die Verstromung von Kohle ist aber eine der Hauptursachen für die globale Erwärmung. Die Folgen: Eine Erwärmung des globalen Klimas um 2 Grad wird von WissenschaftlerInnen für gerade

noch beherrschbar gehalten – die Prognosen für die Klimaentwicklung bis Ende dieser Jahrhunderts (ein Menschenleben) sehen eine Erwärmung um 4 – 6 Grad, wenn es nicht zu einer raschen grundlegenden Umkehr kommt. An der Politik, die unverdrossen auf Kohleverstromung setzt, verdienen vor allem die großen Energiekonzerne: In Hamburg Vattenfall und E.on. Vattenfall produziert seinen Strom ganz überwiegend aus Braunkohle (und will auch an Atomkraftwerken festhalten). Statt neuer Kohlekraftwerke ist ein Kohleausstiegsgesetz erforderlich, das die Stilllegung aller Kohlekraftwerke bis spätestens 2040 regelt. Die aktuelle Hochwasserkatastrophe sollte den Senat und die SPD-Mehrheit in der Bürgerschaft endlich zur Vernunft kommen lassen. Der Senat muss seine Kumpanei mit

Vattenfall und E.on beenden. Die Energieversorgung, ein wichtiger Teil gesellschaftlicher Daseinsfürsorge, muss den Energiekonzernen entzogen werden. Als erster Schritt müssen in Hamburg die komplette Fernwärmeversorgung und die Strom- und Gasnetze wieder in die Öffentliche Hand übernommen werden, wie es die Volksinitiative Unser Hamburg – unser Netz (www.unser-netz-hamburg.de) seit drei Jahren fordert. Sollte der Senat sich nicht auf dem Hintergrund auch der Hochwasserkatastrophe besinnen, sind alle Hamburgerinnen und Hamburger aufgerufen, die Entscheidung selbst in die Hand zu nehmen und beim Volksentscheid am 22. September, dem Tag der Bundestagswahl, für eine 100%-ige Übernahme der Energienetze in die Hand der Stadt zu stimmen.

Klimakassandras - versagt die Klimawissenschaft?

Das katastrophale Versagen einer überlebensbedeutsamen Wissenschaftsdisziplin und die letztmögliche Chance zur Verwirklichung ihres eindeutigen Auftrags. Zehn Thesen zur Klimaforschung und ihre Kurzbegründung von Lutz Wicke.¹

These 1: Cassandra wurde ermordet – die Klimakassandras werden verflucht!

Die Seherin Cassandra wurde nach ihrer wirkungslosen Warnung vor dem Untergang Trojas ermordet. Die Kassandras der Klimawissenschaften werden wegen ihrer perfektionierten Disastrous Climate Change – Vorhersagen bei gleichzeitigem kompletten Wirkungs- und Politikversagen verflucht werden. Während Kassandras seherische

Gabe vom Gott Apollon mit dem entscheidenden Makel der Nicht-Akzeptanz ihrer Vorhersagen belegt wurde, standen und stehen der riesigen Klimawissenschafts - Society alle modernen Wege der Überzeugung und Beeinflussung der Weltöffentlichkeit und der Weltpolitik offen, die im Ergebnis per saldo nicht wirksam genutzt wurden.

Dieses Faktum rechtfertigt in Verbindung mit dem tatsächlichen Fast-Null-Beitrag der Klimawissenschaft zur Verhinderung oder zur Minderung der klimakatastrophalen Entwicklung einen solchen Fluch von den die Folgen erduldenen nachfolgenden Generationen. (Unabhängig davon trifft dieser Fluch selbstverständlich auch und vor allem die – zumindest bis dato – letztlich katastrophal schlechte und unwirksame Weltklimapolitik: Das sind alle relevanten Akteure aus allen Bereichen, die aus diversen Interessengründen oder aus Ignoranz ihrer Wirkungsmechanismen dazu beigetragen haben.)

These 2: Das ungenügende Wirkungsergebnis der klimawissenschaftlichen Arbeiten des Autors ist selbstverständlich Teil der notwendigen konstruktiv-kritischen Selbstüberprüfung und der berechtigten Selbstanklage der Klimawissenschaft

¹ Professor Lutz Wicke, Direktor des Instituts für Umwelt-Management an der Wirtschaftshochschule ESCP Europe, langjähriger Wissenschaftlicher Direktor am Umweltbundesamt sowie ehemaliger Umweltstaatssekretär, befasst sich seit 25 Jahren kontinuierlich mit der deutschen und der internationalen Klimapolitik. Er hat unter anderem zusammen mit Joschka Fischer, Jo Leinen und Franz Alt an der parteiübergreifenden Initiative Global Marshall Plan initiiert und verschiedene Studien und Bücher veröffentlicht, unter anderem Der Ökologische Marshallplan2, „Beyond Kyoto“ und – zusammen mit den Wissenschaftlern Hans-Joachim Schellnhuber und Daniel Klingensfeld vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung – das Grundsatzzpapier „Die 2°max-Klimastrategie“ verfasst.

Das Versagen des Autors kann als kleines Beispiel für die Klimawissenschaft insgesamt herangezogen werden. Seine drei wichtigsten Lösungs- und Rekonstruktions-Vorschläge für ein effizientes Klimaschutzsystem wurden trotz enormer jahrelanger Anstrengungen weder intensiv diskutiert noch umgesetzt: (1) Klimaabgabe und „Ökologischer Marshallplan“ Klimaschutz 1989 und Kyoto PLUS 2006; (2) die schlüssige Begründung der konstruktionsbedingten Wirkungslosigkeit und der daraus resultierenden Notwendigkeiten zum Review- und zur Rekonstruktion des Kyoto-Protokolls 2003a, 2005, 2006a/b und 2010a sowie (3) die erstmalige detaillierte umfassende Entwicklung und Begründung eines tatsächlich klimawirksamen globalen Cap and Trade Systems bis zur prinzipiellen Einsatzreife (2003b/05/06/10). Leider konnte der Autor (auch in temporärer Kooperation mit dem ebenfalls die großen Schwächen anprangernden Top-Klimawissenschaftler Schellnhuber (2010a)) die Mainstream – Klimawissenschaft nicht von der zwingenden Notwendigkeit des Abweichens vom verhängnisvollen Kyoto Pfad der freiwilligen nationalen Selbstverpflichtungen (pledges) überzeugen. Insbesondere war er nicht in der Lage, eine kontinuierlich agierende Revisions-Front der Wissenschaft für ein wirksames Weltklimaschutzsystem zu initiieren. (siehe dazu These 6.)

These 3: Absehbarer „Disastrous Climate Change“² (IEA) - der völkerrechtlich fixierte KlimaschutzAuftrag der Wissenschaft des Art. 2 UNFCCC „VERHINDERUNG gefährlicher Störungen des Weltklimasystems“ wird bei Fortsetzung des gegenwärtigen Kurses verfehlt!

Gerade die herausragenden und immer weiter präzisierten Forschungsergebnisse über die Ursachen und Folgen des fortschreitenden Klimawandels zeigen in aller Deutlichkeit auf, dass der Grundauftrag – auch – der Klimawissenschaft bis dato komplett verfehlt worden ist. NICHT das Aufzeigen sondern einen wesentlichen Beitrag zum VERHINDERN gefährlicher Störungen zu leisten, muss selbstverständliche Hauptaufgabe der Klimawissenschaft

2 „katastrophale Klimaveränderung“

sein. Diesen hätte sie mit Hilfe von Extremanstrengungen zur klimawirksamen Beeinflussung der Politik zu erfüllen gehabt bzw. hat sie noch immer zu erfüllen! (Zu den Rest-Chancen Thesen 9 und 10.)

These 4: Der von der Wissenschaft mitverschuldete Klima-GAU mit einer Klimaerwärmung um mindestens 4°C bis 2100 scheint inzwischen (fast) unvermeidlich. Diese Erkenntnisse der Klimawissenschaftler haben eine menscheitsbedrohende Sprengkraft, die weit über die der sehr selbstkritischen Atomwissenschaftler hinaus geht.

Die schon immer aufgeführten schlechtesten Klimaszenarien werden zu grausamer Realität: Ab 2009 (IEA) und 2012 (Worldbank/PIK) sprechen wichtige Akteure mehr oder weniger Klartext. Bis vor kurzem wurden vor allem eher fiktive „wenn ... dann“ - Szenarien auf Basis eher unverständlicher Parameter präsentiert. Inzwischen werden ‚dannenswerterweise‘ auch die sehr wahrscheinlichen „Disastrous Climate Change“ - Klimaerwärmungen und ihre horrenden Folgen offen präsentiert:

- Das 2010 ‚beschlossene‘ maximal plus 2°- Ziel scheint inzwischen allenfalls unter kaum vorstellbaren Extremanstrengungen aller Staaten, der Wirtschaft und aller Weltbürger noch erreichbar zu sein.
- Die vom PIK und der Weltbank (11/2012) ausführlich beschriebene katastrophale Plus 4°-Klima-Situation kann nur noch bei fast über-optimistischer Unterstellung von weltweiten energischen Klimapolitik-Maßnahmen erreicht werden. Dafür müssten alle mehr oder weniger klaren (bis sehr vagen) Zusagen und Absichten tatsächlich permanent von allen „Zusage-Staaten“ eingehalten werden. Dies wäre gleichbedeutend mit der Durchsetzung von umfassenden Listen (national-) staatlicher Einzelmaßnahmen legislativer, administrativer, finanziell-ökonomischer und sektorpolitischer Maßnahmen. („New Policy Scenario“ der IEA – Yet to do-Listen aller Staatengruppen u.a. entsprechend den Ankündigungen im Umfeld der Weltklimakonferenzen in Kopenhagen und Cancun. (IEA 2009 und 2011))
- Auch wenn man noch immer nicht daran denken oder gar darüber ausführlich schreiben und

sprechen will: Plus 6°C (,or more') bis 2100 wird das wahrscheinlichste Klima-Schicksal der Menschheit sein (IEA 2009, S. 210). Es spricht sehr viel dafür, dass – global betrachtet – durch die weitestgehende Fortsetzung der „Current Policies“ die Emissionssteigerungen eindeutig in diese Richtung gehen, zumal nationale und regionale Anstrengungen kompensiert werden.

- Dann werden schon die Kinder der heutigen Generation die von PIK/Weltbank (2012) eindrucksvoll und realitätsnah beschriebenen Konsequenzen einer katastrophalen plus 4°-Welt schon ab 2050 mit zunehmender und voller Wucht erleiden müssen. Die Folgen für die Menschheit nach 2100 sind bis dato schlicht unvorstellbar – die Lebensräume für Milliarden von Menschen werden zerstört.

These 5: Die Mainstream-Klimawissenschaft hat die für den Klimaschutz

verhängnisvollen Grundstrukturfehler des Weltklimaschutzsystems nicht (angemessen) analysiert. Sie hat damit ihre Aufgabe als kritische Wissenschaft nicht wahrgenommen und musste – bis dato – auch deshalb ihren genannten Grundauftrag verfehlen.

Nach dem großen klima-diplomatischen Erfolg des Kyoto-Protokolls 1997 (erstes verbindliches Klimaschutzabkommen) wurde das bestehende und 2005 endgültig in Kraft gesetzte KyotoKlimaschutzsystem quasi als unverrückbaren Fixpunkt betrachtet, obwohl selbst im Kyoto Protokoll mit Art. 9 eine Revisionsklausel eingebaut ist. Die entsprechenden Untersuchungen und ihre Ergebnisse waren in allen Ländern (wissenschafts-)politisch³ unerwünscht und führten zu (erwarteten) diversen Förder- und anderen Nachteilen. Auch muss eine erhebliche Ausgrenzung in der wissenschaftlichen Diskussion und in der ZeitschriftenPublikation konstatiert werden. Selbst sehr kritische und mutige Wissenschaftler passten sich nach eher temporären Beiträgen und Äußerungen der Mainstream - Position an: „That is the only (refundable) ‚show in town‘ with a positive scientific and image effect“. Insbesondere dieses wissenschaftliche Main-

stream-Verhalten innerhalb des Klimapolitik-Regimes hat Anklänge an ähnliche Verhaltensweisen in massenpsychologisch gesteuerten politischen Regimen. („Nur“ naturwissenschaftlich tätige Klimawissenschaftler können sich nicht mit der bekannten „billigen“ Ausreden – „wir haben es nicht gewusst“ und „dafür sind nicht wir, sondern ist ‚die Politik‘ verantwortlich“ – aus IHRER Verantwortung stehlen!)

Per saldo wurden die folgenden entscheidenden Strukturfehler des Weltklimaschutzsystems die zur (fast) ungebremsten Fortsetzung des Klimawandels führen mussten, nur in Einzeluntersuchungen angemessen analysiert (Victor, Wicke, WBGU).

- Die Ungerechtigkeit des gegenwärtigen Weltklimasystems⁴ ist zugleich die Hauptursache seiner Klimaunwirksamkeit: Ungerechtigkeit des Kyoto Protokolls bedeutete von Anfang an den Ausschluss dieser zunehmend klimabedeutsameren Staaten als aktive Klimaschutzpartner aus der weltweiten Klimaschutzkooperation. Die für den Klimawandel hauptverantwortlichen Industrieländer (historische und aktuelle Klimaschuld!) verankerten von vornherein das für Schwellen- und Entwicklungsländer unakzeptable „Grandfathering“-Prinzip: Emissionsminderungen oder Beschränkungen sollen auf Basis der bestehenden oder vergangener Emissionen und damit ausgehend von höchst unterschiedlicher Pro Kopf Emissionen erfolgen. Ohne Beseitigung dieser „Gerechtigkeitsfalle“ werden sich die NichtIndustrieländer in einem solchen System auch weiterhin nicht aktiv am Klimaschutz beteiligen.
- Mit dem auch dadurch determinierten „Klimabazar“ - Verhandlungssystem (WBGU) des Kyoto Protokolls über freiwillige Emissionseinschränkungen nach dem „Klingelbeutelprinzip“ können keinesfalls ausreichende Zusagen („pledges“) für die notwendige stark verminderte globale Emissionshöchstmenge zur Klimazielerreichung realisiert werden.
- Selbst bei ausreichenden „Pledges“ ist ihre Realisierung über Jahrzehnte infolge nationaler Durchsetzungs-Impotenz für die dafür erforderlichen

³ und wirtschaftspolitisch?

⁴ Eher des Weltwirtschaftssystems?!

Aber-Millionen von nationalen Einzelmaßnahmen völlig ausgeschlossen. (Dieses Problem bleibt auch bei Absprachen zwischen den wichtigsten Emittenten weltweit voll erhalten!)

- Ein alternativer „automatisch“ wirkender marktwirtschaftlicher Steuerungsmechanismus der Emissionen über Preissignale, z.B. durch verteilte fossile Brennstoffe fehlt im Weltklimaschutzsystem bis auf rudimentäre Ansätze vollständig.
- Unberücksichtigt blieb auch – von der Mainstream - Klimawissenschaft praktisch nie vertieft thematisiert – , dass alle regionalen, nationalen oder sektoralen Minderungserfolge durch Mehremissionen an anderer Stelle kompensiert oder überkompensiert werden, weil weder verbindliche Selbstbeschränkungen aller Staaten noch eine globale Emissions-Obergrenze existieren. (Nur einzelne Wissenschaftler wie Victor (2001), Edenhofer (2009) oder Sinn (2008/12) haben sporadisch auf dieses Problem hingewiesen. Sinn wurde für diese Wahrheit als „Dinosaurier 2009“ diffamiert.)

Die Klimawissenschaft hätte also die völlige Klimaschutz-Untauglichkeit des bestehenden Klimaschutzsystems schnell erkennen, beschreiben und brandmarken müssen. Wichtige Einzeluntersuchungen wie u.a. die des WBGU (2009) blieben von der Mainstream-Klimawissenschaft unbeachtet, weitgehend unkommentiert und nicht diskutiert. Darüber hinaus wurden sie von den Autoren leider auch nicht konsequent im nachfolgend skizzierten Sinne weiterverfolgt.

These 6: Unentschuldigbar – kein CETERO CEN-SEO⁵: Statt zwingend erforderliche strukturelle Verbesserungsvorschläge zu entwickeln, vorzuschlagen und ihre Durchsetzung nachdrücklich zu betreiben, hat die Klimawissenschaft die in der gegenwärtigen Struktur von Beginn an strukturell unwirksame Weltklimaschutz-Politik begleitet und fehlgeleitet sowie Illusionen einer Erfolgsmöglichkeit befördert. Alternativvorschläge – wie die Konzentration auf Absprachen z.B. der G 20 – ändern nichts am Strukturdefizit.

⁵ übrigens

Die Mainstream-Klimawissenschaft hat in völliger Vernachlässigung ihrer Verantwortung für das Weltklima nie eine konsequente „Cato“-Klimapolitik-Bewegung“ hervorgebracht: Es gab und gibt keine ständig wiederholten öffentliche Mahnungen wirklich wichtiger klimawissenschaftlicher Institutionen oder Persönlichkeiten oder in wichtigen Publikationen nach einem Cato-ähnlichen CETERO CENSEO - Motto: „Im Übrigen sind wir der Meinung, dass das Weltklimaschutzsystem dringend rekonstruiert werden muss, weil nur dann gefährliche Störungen des Klimasystems verhindert werden können!“

Zwar war die Genugtuung und die Freude von engagierten Klimaaktivisten über den erstmaligen Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrages zum Klimaschutz in Gestalt des Kyoto Protokolls 1997 verständlich. Die seriöse kritische Klima-Wissenschaft hätte dennoch sofort die skizzierten fünf Grundstrukturfehler des 1997 fertig gestellten Weltklimaschutzsystems analysieren und erkennen müssen, die die „Verhinderung gefährlicher Störungen des Weltklimasystems“ von vornherein unmöglich machen. Eine ergebnisorientierte und dem genannten Klimaziel dienende und verpflichtete Wissenschaft hätte alles daran setzen müssen, die vertraglichen Bedingungen der Klimaschutzarchitektur so zu modifizieren, dass das Ziel tatsächlich erreichbar wird, zumal ausdrücklich mit Art. 9 KP eine Revisionsklausel eingebaut ist.

Die öffentlichen Illusionen mehr oder weniger deutlich zu befördern, dass nur der Wille zu ausreichenden Selbstverpflichtungen der „entscheidenden“ Nationalstaaten erforderlich sei und nur weitere, eher kleinere „technische“ Schwächen des Systems überwunden werden müssten, war und ist schlicht unverantwortlich.

Schuldhaft wurde von der Klimawissenschaft versäumt, die Erfolgsbedingungen eines wirklich wirksamen Weltklimaschutzsystems herauszuarbeiten und zu publizieren. Deshalb war die Klimawissenschaft auch nicht in der Lage, eine wirksame Klimapolitikberatung durchzuführen und konnte auch deshalb – bis dato – die Weltklimapolitik nicht vom verhängnisvollen Weg in Richtung des „disastrous climate change“ abbringen.

Stattdessen bleibt sie hauptsächlich beschränkt auf die zunehmend perfektionierte Prognose und

Beschreibung der und die Warnung vor den katastrophalen Klimafolgen. Für die Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe haben die Toprepräsentanten der Klimawissenschaft und Al Gore zu Recht den Friedensnobelpreis erhalten. Genauso deutlich muss aber auch herausgestellt werden. Die Klimawissenschaft hat trotz aller ihrer Verdienste, bei ihrer Kernaufgabe versagt. Denn sie hat nicht entscheidend dazu beigetragen, die gefährlichen Störungen des Klimasystems zu verhindern!

These 7: Die Klimawissenschaft war nicht in der Lage, prinzipiell entscheidende Vorgaben und Anregungen aus dem Vertragswerk, aus der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Politik aufzunehmen und daraus konkrete anwend- und durchsetzbare Vorschläge zu Erreichung des Klimaziels zu entwickeln.

Die Bilanz der Klimawissenschaft fällt noch deprimierender aus, wenn man bedenkt, dass folgende Tatsachen unbeachtet blieben:

1. Nach Art. 9 des Kyoto Protokolls waren Klimawissenschaft und -politik verpflichtet, das Weltklimaschutzsystem einem „Review“ zu unterwerfen und „appropriate actions“⁶ zur Erreichung des Klimaziels nach Art. 2 UNFCCC zu entwerfen und zu realisieren. Dieser völkerrechtlichen Verpflichtung wurde sozusagen ‚schuldhaft‘ nicht entsprochen.
2. Es wurde versäumt, die Anregungen aus der Wirtschaft für eine grundlegende Revision des Weltklimaschutzsystems aus Anlass des G 8-Gipfels 2005 (WEF 2005) konstruktiv aufzunehmen und weiter zu verfolgen.
3. Die internationale Energieagentur wurde von den G 8 beauftragt, konkrete Maßnahmenkonzepte zur Erreichung des Klimaziels zu entwickeln. Klimawissenschafts-Institutionen wurden nicht damit beauftragt und haben die Bedeutung dieser Nicht-Beauftragung offenkundig weder erkannt noch anderweitig als Anstoß zur eigenen Politik-Beratung genutzt.
4. Selbst nach der von der Klimawissenschaft sehr spät „erkämpften“ Präzisierung der „gefährlichen Störungen des Klimasystems“ bei der

⁶ geeignete Maßnahmen

Überschreitung von plus 2°C (2008 (G 8) und 2010 (Cancun – COP⁷) war die Klimawissenschaft-Community nicht in der Lage, ein realistisches Konzept zur Realisierung vorzulegen. (Ein einschlägiger PIK-Report konnte nicht hochrangig publiziert und konnte oder sollte auch nicht breit diskutiert werden.)

5. Glasklare wissenschaftliche Aussagen und Anregungen hervorragender Klimawissenschaftler wie Stern und Edenhofer blieben weitgehend unbeachtet: „Für eine illusionslose Klimapolitik ist entscheidend: Ohne ein globales Emissionshandelssystem kann das Klimaproblem nicht gelöst werden – weder die Förderung erneuerbarer Energien ... noch nationale oder regionale Alleingänge können daran etwas ändern“ (Edenhofer u.a. 2009)
6. Auch die entscheidenden Anregungen und Initiativen zur Beseitigung eines, wenn nicht des entscheidenden Ungerechtigkeits-Grundübel des Weltklimaschutzsystems blieben von der Mainstream-Klimawissenschaft unbeachtet: Die indische Forderung nach der Gleichverteilung der Emissionsrechte auch durch den Ministerpräsidenten Vajpajee auf der Klimakonferenz 2002 blieben ohne hochrangiges wissenschaftliches Echo. Auch nach dem Merkel (2007)/SinghVorschlag für Kyoto II (Cap and Trade⁸ inklusive „equal per capita distribution“⁹) 2007 in Kyoto verblieb sie in ihrer klimawissenschaftlichen Selbstbezogenheit und ohne den erkennbaren Willen zur Beendigung der – auch quantitativ belegbar – unwirksamen Weltklimapolitik.

⁷ Cancun-Klimakonferenz (COP = Conference of the Parties)

⁸ Emissionsbegrenzung und Handel mit -rechten

⁹ Gleichverteilung pro Kopf

These 8: Katastrophales klimapolitisches Versagen: Die Mainstream-Klimawissenschaft ist selbst zwei Jahre vor dem 2015 zu beschließenden neuen Weltklimavertrag nicht in der Lage, der Weltpolitik eine durchsetzbare Strategie zur tatsächlichen Verhinderung von „Disastrous Climate Change“ zu präsentieren.

Als exemplarisch für die (überwiegende) klimapolitische Hilflosigkeit der Klimawissenschaft können folgende „Empfehlungen“ bezeichnet werden: „The

projected 4° warming simply must not be allowed to occur – the heat must be turned down“¹⁰ (PIK/ Worldbank 2012) sowie die – als nationale Einzelaufgaben – völlig illusionären (siehe 3. in These 4) und ohne Durchsetzungskonzepte bzw. -Strategien versehenen „yet to do’ – 450 and new policy scenario“¹¹ - Listen für alle Staatengruppen der IEA (2009), die auf Wunsch der G 8 – Auftraggeber erstellt wurden.

10 „Die prognostizierte 4° Erwärmung darf einfach nicht zugelassen werden – sie muss umgekehrt werden.

11 Das „450 Szenario“ beschreibt den Energieverbrauch beim maximal zulässigen Treibhausgasgehalt in der Atmosphäre (450 ppm), um das 2°-Ziel einzuhalten. Hier ist die Rede von der Liste der dafür nötigen Aufgaben.

These 9: Eine Teil-Rehabilitierung der Klimawissenschaft ist noch möglich. Hierzu müssten bis Mitte 2014 konkrete umsetzbare und prinzipiell konsensfähige Vorschläge quasi als ‚Handlungsanleitungen‘ für einen definitiv wirksamen Art.2-konformen Weltklimavertrag 2015 präsentiert werden. Grundlagen für bis zu 3 Alternativen sind in der relevanten Literatur – mehr oder weniger präzisiert – vorhanden. Innerhalb eines Jahres können solche Handlungsanleitungen nur noch von einer sehr kleinen Gruppe wissenschaftlich unumstrittener Persönlichkeiten allerhöchsten Ranges mit Unterstützung höchster moralischer Autoritäten erarbeitet und präsentiert werden. Nur dadurch können Weltpolitik und Weltöffentlichkeit von der unabweisbaren Notwendigkeit des konkreten Handelns zur Erhaltung der Schöpfung und zur Rettung der Lebensräume von Milliarden von Menschen überzeugt werden. Und: Nur die Gruppe der ca. 120 am 2°-Ziel tatsächlich interessierten Klimaallianzstaaten kann mit Hilfe ihrer (numerischen) Zwei-Drittelmehrheit

Anmerkung der Redaktion:

Das umfangreiche Literaturverzeichnis kann auf unserer Internetseite nachgelesen werden (<http://www.oekologische-plattform.de/?p=22980>).

bei den Klimakonferenzen einen dieser Vorschläge durchsetzen. (Wicke 2012/13)

Unter anderen folgende Vorschläge könnten die Basis für die 2 bis 3 „Handlungsanleitungen“ für einen wirksamen Weltklimavertrag bilden:

1. Kyoto Plus: Weiterentwicklung des UNFCCC-/ Kyoto Protokoll-Systems bei prinzipiell denkbare(r) (?) Beseitigung der o.g. 5 Top-Strukturfehler;
2. Weltweite Brennstoff-Klimaschutzabgabe / Global Earmarked Tax (u.a. Wicke 2005/06);
3. Vorschlag der progressiven Weltwirtschaftsführer (WEF 2005);
4. Merkel / Singh - Kyoto II-Ansatz (Merkel 2007)
5. PIK: „Global Deal“ und „Global Contract“ (Edenhofer u.a. (2010/08);
6. Der „Budget-Ansatz“ des WBGU (2009);
7. PIK-Report - Schellnhuber/Wicke/Klingensfeld: 2°max „Peak and Trade“ (Wicke 2010a);
8. „Contraction and Convergence“: Klimazielerreichung und Gleichverteilung der Emissionsrechte nach 30 bis 50 Jahren (Meyer 2000)

These 10: Die Klimawissenschaft muss endlich unmissverständlich und unbestreitbar verdeutlichen: NUR mit einem definitiv wirksamen Weltklimavertrag 2015 können die weit über maximal plus 2° Klimaerwärmung hinausgehenden zerstörerischen Wirkungen für das Leben der Menschheit (ca. 4 bis über 6°) noch verhindert werden. OHNE einen solchen Vertrag muss der klimapolitische Offenbarungseid geleistet werden: Die Welt kann dann definitiv nicht mehr vor gefährlichen noch vor verheerenden Störungen des Weltklimasystems, vor „disastrous climate change“ (IEA) gerettet werden. Und dann gilt: Klimawissenschaft wie -politik sind gescheitert!

Wie man Naturschutz aushebelt

Marko Ferst

Das Bundesverwaltungsgericht
zwitcherte sich einen
und merkte nicht
dass es Flugrouten
quer durch Vogelschutzgebiete
zur Landung zuließ
oder waren die Leipziger Richter
längst politisch gekauft
von SPD und CDU?

Sie werden sich gedacht haben
der politische Auftrag heißt jetzt
Blechvögel sind zu schützen
dafür wären Naturschutzgebiete
geradezu ideal geschaffen
es gilt staatlich organisierte
Umweltkriminalität zu decken!

Sie schleifen einfach mal
europäisches Naturschutzrecht
und die Parteien interessieren
sich ohnehin nicht
für stark vom Aussterben
bedrohte Trauerseeschwalben
und Rohrdommeln
sensible Kranichbruten
auch Eisvögel, Beutelmeisen
und Fischadler
sind völlig überflüssig

Selbst Grüne und Linke
üben sich in Ahnungslosigkeit.

Beide östliche Landesrouten des Flughafens Schönfeld zerschneiden
diagonal das Natur- und Vogelschutzgebiet, ebenso eine der Startrouten.

1 / 2013

Agrokraftstoffe – Placebo für den Klimaschutz

Sabine Wils

Die Europäische Union steht unter Druck. Die durch Menschenhand verursachten Klimaveränderungen verlangen eine zügige und hohe Reduzierung der Treibhausgasemissionen weltweit, aber eben auch innerhalb der Europäischen Union. Politisches Handeln zum Klimaschutz soll jedoch die Interessen der Wirtschaft nicht stören. Konsequenterweise setzen Wirtschaft und herrschende Politik bisher auf Agrokraftstoffe als wichtiges Instrument der europäischen Klimapolitik im Verkehrsbereich.

Ausgeblendet werden die Auswirkungen von Agrokraftstoffen im globalen Süden wie

1. die Flächenkonkurrenz von landbasierten Agrokraftstoffen zu Nahrungsmitteln und Natur,
2. der großflächige Landraub von Anbauflächen durch Agrarkonzerne in sogenannten Entwicklungsländern,
3. die Förderung des sozialen Elends und der Ausbeutung bei der Erzeugung der Grundstoffe,
4. die kritische ganzheitliche Betrachtung der zugehörigen Klimabilanz.

Die EU-Agrokraftstoffpolitik soll der Wirtschaft ein „Weiter so“ in der Verkehrspolitik und der Nutzung fossiler Energieträger ermöglichen.

Diese Politik ist von Mineralöl- und Agrarkonzernen getrieben, die aus der „grünen“ Energiewende Kapital schlagen wollen.

Unterstützung findet sie bei der Automobilindustrie, die mittels Biosprit eine substantielle Änderung der heutigen Verkehrs- und Mobilitätsstrukturen verhindern will. Eine Verkehrswende aus Klimaschutzgründen würde zukünftige Profite aus dem Individualverkehr in Frage stellen.

Die Bevölkerung in der EU soll mit gutem Gewissen den Biosprit mit in einem überdimensionierten PS-starken Dieselmotor verheizen: Wie es in einem NDW-Lied heißt: „Ich geb' Gas, ich will Spaß“. Dann rollen auch für Mercedes, BMW, VW, ... und Shell, Esso,... die Euros weiter.

Die EU-Agrokraftstoffpolitik wird über zwei Richtlinien gesteuert:

1. Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie (EER) fordert von den Mitgliedsstaaten der EU, einen Anteil von 10% Energien aus erneuerbaren Quellen am Treibstoffverbrauch bis 2020 zu erreichen. Dies ist bisher de facto eine Beimischungsquote für Agrokraftstoffe.
2. Die Treibstoffqualitätsrichtlinie (TQR) fordert von Unternehmen, den Ausstoß von Treibhausgasen der verkauften Treibstoffe bis 2020 um 6% zu verringern. Mineralölkonzerne sehen Agrokraftstoffe bisher als das Hauptinstrument zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflichten.

Durch die EU-Agrokraftstoffpolitik wurde den Agrokraftstoffen ein ökologisches Mäntelchen umgehängt. Die in den Richtlinien formulierten Ziele sind Teil des 2009 verabschiedeten Energie- und Klimapakets.

Die zerstörerischen Folgen eines großräumigen Einsatzes von Agrokraftstoffen waren schon frühzeitig vorauszusehen. Die vor der Öffentlichkeit geschützte und von demokratischer Kontrolle freie Politik der EU im bürgerfernen Brüssel kann es sich leisten, die Kritik der Zivilgesellschaft außen vor zu lassen.

Die Politikziele der EU werden nur durch Agrokraftstoff-Importe zu erfüllen sein, die zu Lasten der sogenannten Entwicklungsländer gehen. Diese Länder tragen besonders schwer an den Folgen des Klimawandels, und jetzt zusätzlich sozial wie ökologisch an den Folgen der Agrospritindustrie.

Die Debatte um die Klimabilanz von Agrokraftstoffen durch indirekte Änderungen der Landnutzung (ILUC) entfaltet immer mehr politischen Druck, konzentriert sich jedoch nur auf einen geringen Teil des zerstörerischen Potentials. Darum drehen sich die derzeitigen Verhandlungen auf EU-Ebene ausschließlich um diese indirekten Verdrängungseffekte durch Agrokraftstoffe. Für linke, ökologische Politik verbleibt dieser einzige politische Ansatzpunkt, auf die Regulierung der EU-Agrokraftstoffpolitik im EU-Parlamentsalltag einzuwirken.

Im Umweltausschuss des EU-Parlaments fand sich

bei der Abstimmung am 11. Juli 2013 eine Mehrheit für Folgendes:

- Eine Obergrenze von 5,5% für Biokraftstoffe der ersten Generation für die Anrechnung auf das 10%-Ziel bis 2020
 - Mind. 2,5%-Anteil von fortschrittlichen Biokraftstoffe am Gesamtkraftstoffverbrauch bis 2020
 - ILUC-Faktoren in den Nachhaltigkeitskriterien der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie sowie für die Anrechnung auf das 6% Treibhausgasminderungsziel bis 2020 in der Treibstoffqualitätsrichtlinie
- Dabei bedeuten ILUC-Faktoren in der EER, dass Biodiesel aus Palmöl, Soja, Raps- und Sonnenblumenöl sowie Ethanol aus Weizen nicht mehr öffentlich subventioniert werden dürfen, und in der TQR,

Keine Weltkarte taugt etwas, die nicht die Insel Utopia enthält.

Oscar Wilde

dass diese nicht mehr zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichten der Mineralölkonzerne verwendet werden dürfen.

Am 10. September 2013 soll darüber im Plenum des Europaparlaments abgestimmt werden.

Indirekte Landnutzungsänderungen (ILUC) sind Folge der Produktion von Grundstoffen für Agrokraftstoffe.

Da die Agrospritproduktion mehr Gewinn als die Nahrungsmittelproduktion in vielen ärmeren Ländern abwirft, werden Flächen für Viehhaltung und Nahrungsmittelanbau durch Agrospritzkulturen verdrängt. Intensiv bewirtschaftete Monokulturen werden geschaffen.

- Agrotreibstoffe fördern den Hunger
Die Folge sind weniger Nahrungsmittel und steigende Preise dafür. In vielen Ländern bedeutet dies für die Menschen Hunger.
- Agrotreibstoffe machen Durst
Wasser ist in vielen Ländern heute schon ein sehr rares und teures Gut, die Agrospritindustrie verknappt dies noch mehr.

- Agrotreibstoffe sind nicht ökologisch
Da der Bedarf nach Nahrung weiter besteht, wird diese auf bisher vom Menschen ungenutzten Flächen produziert, wie z.B. des Regenwaldes. Die damit verbundene unwiederbringliche Vernichtung von Natur ist die Karikatur von Klimaschutz.
 - Agrotreibstoffe vernichten die Lebensgrundlage der Menschen
Agrotreibstoffe werden von Konzernen und Großbetrieben produziert. Diese vertreiben die Landbevölkerung und zerstören deren Lebensgrundlage. Den indigenen Völkern wird der Lebensraum entzogen.
 - Agrotreibstoffe produzieren „unfaire“ Arbeitsverhältnisse
Wie aus der Textilindustrie schon bekannt, profitieren transnationale Konzerne von Kinder- und Sklavenarbeit, von erbärmlichen, unmenschlichen Arbeitsbedingungen z.B. in Bangladesch. Weniger bekannt sind die Berichte, die ähnliche Zustände in der Agroindustrie z.B. auf Palmölplantagen in Indonesien enthüllt haben. Agrotreibstoffe sind nicht „fair“ gehandelt, sie bringen die höchsten Gewinne bei niedrigsten Produktionskosten.
 - Agrotreibstoffe fördern den Klimawandel
Der Beimischung von Agrotreibstoffen ohne Verkehrswende hat die Wirkung eines Placebos: Dieses Placebo soll nicht den Klimawandel bekämpfen, es soll nur die Menschen beruhigen, damit die Notwendigkeit einer Veränderung unserer Lebensweise ignoriert wird.
- Auch beim Klimaschutz ist die Politik der Europäischen Union auf die Sicherung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Gewinne der Konzerne ausgerichtet. Der Lissabon-Vertrag setzt hier den Rahmen für das Handeln der EU-Institutionen, auch beim Klimaschutz- und der Umweltpolitik. Der Lissabon-Vertrag priorisiert: Erst die Wirtschaft und dann die Menschen. Das ist Kapitalismus in seiner reinen Form. Dagegen kämpfen wir als LINKE vor Ort und im Parlament, auch in Brüssel und Straßburg!

Folgen des Klimawandels ausgemalt, vorstell- und beeinflussbar

Rezension von Edgar Göll, Berlin

Albert Einstein stellte überraschend fest: „Vorstellungskraft ist wichtiger als Wissen.“ Und in der Zukunftsforschung machen wir tatsächlich die Erfahrung, dass es Menschen schwer fällt, sich unterschiedliche Zukünfte vorzustellen. Das beschränkte Vorstellungsvermögen über Zukunft tritt uns in Medien und Kulturerzeugnissen massiv gegenüber: da werden banale Kostüme und Werkzeuge ausgetauscht und suggerieren Zukunft, während alles Andere – die Herrschaftsverhältnisse zumal – beim Alten bleibt. Die Schwerkraft des Hier und Jetzt ist allem Anschein nach nur mit Mühe zu überwinden. Und dies wiederum stellt für eine zukunftsfähige Umgestaltung unserer Gesellschaft oder eine Vermeidung z.B. der Folgen des Klimawandels eine immense Herausforderung dar – und für Linke in besonderem Maße.

Mitteilungen über 2-Grad-Ziele, CO₂-Ausstoß, Meeresspiegelanstieg etc. sind erfahrungsgemäß zu abstrakt, um praktische Betroffenheit sowie Motivierung alternativer Verhaltensweisen zu fördern. Daher bietet sich das anschauliche Beschreiben ausgewählter Zukünfte an. Und mit dem vorliegenden Sammelband versuchen die Herausgeber genau dies: „Erstmals können wir ein sehr plausibles Szenario für die Situation in Deutschland im Jahr 2040 vorlegen, und man kann sich ein ungefähres Bild davon machen, wie es dann um die Wälder, die Gewässer, das Lebensgefühl in den Städten bestellt sein wird.“ (S. 9)

Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Klimaforschern und Sozialwissenschaftlern wird hier versucht, basierend auf differenzierten kleinräumigen Klimaprognosen zu beschreiben, was das genau heißen könnte, worauf wir uns Alle einzustellen haben. In dem Band wird plausibel, dass das Verhältnis von Natur und Gesellschaft kompliziert ist, sich verändert und gestaltet wird, und so sind auch die Folgen nicht einheitlich. „Klimawandel und Extremwetterereignisse entfalten erst in einer bestimmten sozial-ökologischen Figuration eine Wirkung und zeitigen nicht per se negative oder auch positive Folgen.“ (S. 13)

In dem Band wechseln sich natur- und sozialwissenschaftliche Passagen ab und ergänzen sich sinnvoll. Nachdem eingangs die Merkmale von „Szenarios im Sinne von Blicken in eine mögliche Zukunft“ erläutert werden, wird ausführlich und anhand zahlreicher farbiger Karten dargestellt, wie die Klimaveränderungen in Deutschland um das Jahr 2040 aussehen könnten in Bezug auf Parameter wie Temperatur, Niederschlag, Zirkulation sowie ihrer räumlichen Verteilung. Speziell die Folgen des Klimawandels für Wasserhaushalt und für den Wald werden beschrieben – immer mit Beispielen der komplizierten ökologischen Zusammenhänge. Dann werden Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesellschaft, auf Stadt und Land bzw. Landwirtschaft ausgemalt. Hierzu gehören unter anderem Zunahmen an Hagelschäden, Ernteausfällen, Änderungen regionaler Biodiversität, Einbußen beim maritimen Tourismus und Wintersport. Andererseits könnte aufgrund des Klimawandels die Ostsee bald die „Badewanne Europas“ werden, obwohl die Strandflächen wegen des Meeresspiegelanstiegs schrumpfen (S. 162) Die sozialen Effekte werden recht unterschiedlich sein, doch „Menschen mit geringeren Einkommen leben häufiger in Zonen mit erhöhter Hochwassergefahr.“ (S. 170) Darüber hinaus ist auch mit der Zunahme von Verkehrsunfällen in Hitzeperioden zu rechnen, mit weiteren gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch verschlechterte Luftqualität (Feinstaub, Ozon) und Allergien. Neben diesen Veränderungen und Schädigungen ergeben sich ökonomische Herausforderungen und vermutlich hohe Kosten. Das DIW prognostiziert für die nächsten 50 Jahre zusätzliche Kosten für das deutsche Gesundheitssystem wegen des Klimawandels in Höhe von etwa 61 Mrd. Euro (S. 184). Nach diesen Schilderungen des absehbaren Klimawandels in Deutschland und den voraussichtlichen Folgen und Effekten wird von Sebastian Wessels in einem Kapitel die „Anpassung an den Klimawandel in Deutschland“ thematisiert. Hier werden gesellschaftliche Eigendynamiken beschrieben, wie die komplexe Arbeitsteilung in modernen Gesellschaften, der Wandel unmittelbarer Zwänge auf

Normen und Routinen, sowie die damit einhergehende „Habitualisierung“ und Herausbildung von Institutionen, die Zunahme von Komplexität und Ungewissheit. Aufmerksamkeit und Wahrnehmung sind für das Handeln eine notwendige Voraussetzung, wobei zwischen Klimaschutz (Mitigation) und Anpassung (Adaptation) unterschieden wird (S. 238). Skizziert werden Aktivitäten von Unternehmen, Interessenvielfalt und -konflikte, staatliche Maßnahmen und Rahmensetzungen – wobei dieser letzte Abschnitt zu abstrakt daherkommt und politisch-soziologische Fehleinschätzungen beinhaltet wie z.B. die Aussage, mit besonderen Nachhaltigkeitsressorts oder -beauftragten lasse sich Nachhaltigkeit nicht erreichen. Dabei sind solche Institutionalisierungen von komplexen Querschnittsthemen die notwendige Voraussetzung einer späteren Diffusion in andere Ressorts. Der vom Autor favorisierte Politikansatz ist die „Erhöhung der gesellschaftlichen Resilienz“, also die Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen Störungen, bspw. durch „Kultivierung von Mischwäldern, die verschiedenste Störungen besser bewältigen können, die Renaturierung von Flüssen und Auen, die vor Hochwasser schützt und Flussökosysteme aufwertet, und die Stadtbegrünung, die nicht nur kühlt, sondern auch günstig für die biologische Vielfalt und städtische Lebensqualität wirkt.“ (S. 270) Was hierbei etwas zu kurz kommt, sind politische und kulturelle Resilienzmaßnahmen.

Im abschließenden Kapitel „Deutschland 2040“ werden zwei kurze kontrastierende „Varianten der Zukunft“ skizziert um aufzuzeigen, welche Bandbreite an Klimafolgen auftreten und vor allem, wie unterschiedlich diesen begegnet werden kann. Im ersten Szenario sind die Menschen, Institutionen und die Gesellschaft als Ganzes vom Klimawandel fast überwältigt, während im zweiten Szenario skizziert wird, dass mit unterschiedlichen staatlichen Maßnahmen, Infrastrukturpolitiken und individuellen Aktivitäten die Negativfolgen gering gehalten werden können.

Was dieses Buch auszeichnet, ist die Betonung der komplexen Wechselwirkungen zwischen Klimawandel und gesellschaftlichen Verhältnissen und Verhaltensformen – inklusive Politik. Dadurch wird realistische Handlungsfähigkeit vorstellbar und gestärkt. Klimawandel ist also nicht nur von Menschen (mit-)gemacht, sondern kann auch – in Grenzen – abgebremst und seine Negativfolgen beeinflusst werden. Insofern macht das Buch Mut und bietet Anregungen für Aktivitäten.

Gerstengarbe, Friedrich-Wilhelm / Welzer, Harald (Hrsg.):

Zwei Grad mehr in Deutschland. Wie der Klimawandel unseren Alltag verändern wird - Das Szenario 2040
Fischer-Verlag, Frankfurt a.M. 2013
320 S., <http://www.denkwerkzukunft.de/index.php/inspiration/index/2Grad-mehr-in-D>

Biohacking – Gentechnik aus der Garage

Rezension von Christian Rehmer

Gentechnik aus der Garage? Freaks in Hinterzimmern, die an Genen rumbasteln? Und das soll es auch in Deutschland geben? Diese Fragen gingen mir durch den Kopf, als ich durch einen Radiobeitrag auf das neue Buch „Biohacking“ aufmerksam gemacht wurde. Von Berufswegen mit dem Thema der Biotechnologie, vor allem der Agro-Gentechnik, vertraut, wollte ich mir diese Lektüre nicht entgehen lassen.

Das Autorenteam besteht aus drei Wissenschaftsjournalisten, die sich als studierte Biologen dem Thema zuwenden, wie viel Gentech-Forschung nicht in den Hochsicherheitslabors der Konzerne

und Hochschulen, sondern in Privaträumen und öffentlichen Gemeinschaftslabors stattfindet. Das Buch ist ein ausführliches Portrait der Szene der so genannten „Bio-Hacker“. Sie ist vor allem in den USA rasant gewachsen, aber auch auf dem alten Kontinent findet dieses Hobby immer mehr Freundinnen und Freunde. Dabei geht es weniger darum, gefährliche Experimente zu machen, sondern viel mehr um kleine und kleinste Isolationen von DNA oder Neukombinationen verschiedener Gene.

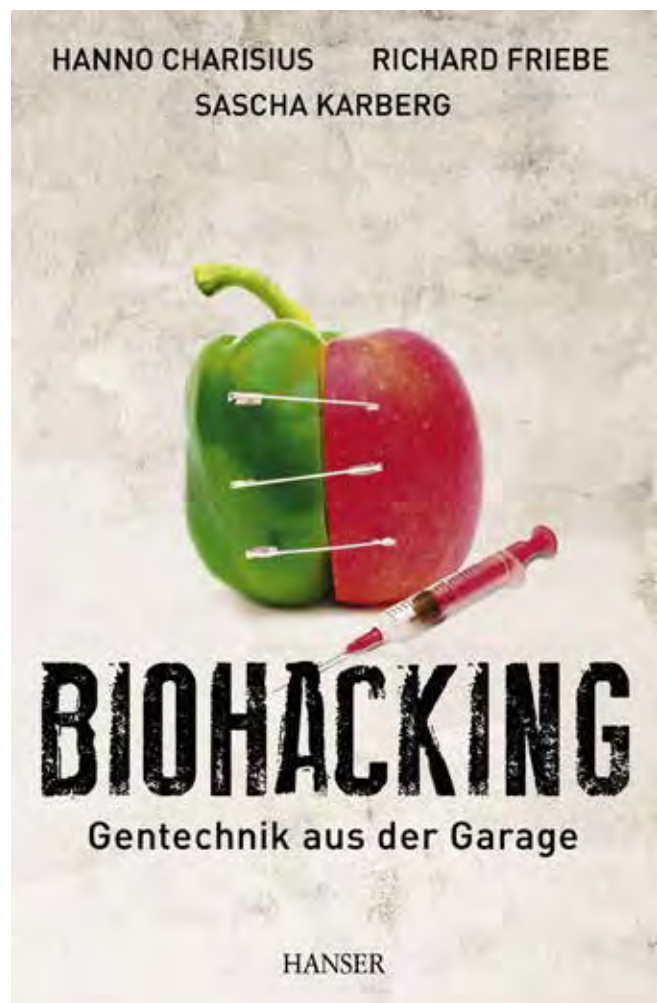
Im Stile ihres Do-It-Yourself-Buches betrieben die drei Journalisten Hanno Charisius, Sascha Karberg und Richard Friebe nicht nur aufwändige Recherchen in mehreren Ländern, sondern versuchten

sich auch selbst an diversen Experimenten. Mal mehr, mal weniger erfolgreich. Dabei war ihre Prämisse, dass es legal und ungefährlich bleiben muss. Für ein Buch in einem so kritischen Bereich wie der Biotechnologie ist das auch sehr wichtig, um die Herstellung von Biowaffen nicht auch noch zu erleichtern. Trotzdem sind die Sicherheitsbehörden hellhörig. Sie beobachten die Bio-Hacker-Szene ausgiebig, das FBI führt für die Gen-Bastler sogar Veranstaltungen durch. Die Geheimdienste suchen direkten (und sicherlich auch indirekten) Kontakt zu den Hobby-Forschern.

Spannend an dem Buch ist der Spagat zwischen wissenschaftlicher Recherche, politisch-gesellschaftlicher Bewertung des Biohackings und eigener, teilweise spielerisch beschriebener DNA-Bastelarbeit. Beim Leser erzeugt letzteres das Bild dreier Jungs, die gespannt vor ihrem Chemiebaukasten sitzen und akribisch an neuen Experimenten arbeiten. Beim Schnapsglas-Genomprojekt versuchen sie die eigene DNA in hochprozentigem Alkohol aus ihrer Spucke zu extrahieren. Sie probieren Hundehaufen per Gentest dem tierischen Verursacher zuzuordnen. Und sie schauen vielen Hobby-Bastlern, Halb-Profis und Profis, die außerhalb ihres eigentlichen Forschungsauftrages einfach mal an ihrem eigenen Lieblingsthema forschen wollen, über die Schulter. Diese sind anfangs meist skeptisch, aber anschließend meist ausgiebig bereit, den drei Journalisten über ihre Pionierarbeit im Biohacking-Bereich zu berichten.

Glaut man Charisius, Karberg und Friebe, dann werden sich immer mehr Menschen immer intensiver mit den spannenden Themen der Gen- und Biotechnologie beschäftigen. Die Journalisten vergleichen die DIY-Bewegung¹ mit den Anfängen der IT-Bastelei in den 80er Jahren und behaupten, dies sei eine Demokratisierung der Wissenschaft, welche sonst nur in High-Tech-Labors mit der nötigen finanziellen Ausstattung möglich sei. Der Bundestagsabgeordnete und Biowaffenspezialist der Linkspartei, Jan van Aken, hat zwar keine Angst vor Bio-terror-Küchen, aber unwohl ist ihm beim Gedanken

¹ Do it yourself



an Scharen von Heimwerker-Gentechnikern schon. In 0,1 Prozent der Fälle könnte doch etwas Gefährliches im Abfluss landen. Andererseits ist es im Sinne einer kritischen Auseinandersetzung mit der Biotechnologie und der Agro-Gentechnik gar nicht schlecht, wenn sich viele Menschen damit beschäftigen. So lange es legal bleibt und riskante Experimente unterbleiben, kann das zur Versachlichung der Debatte beitragen und das Gentechnikwissen raus aus den Konzern- und Universitätslabors holen.

Hanno Charisius, Sascha Karberg & Richard Friebe (2013): Biohacking – Gentechnik aus der Garage, Carl Hanser Verlag München, 19,90 EUR

Die Welt nach dem Klimakollaps

Ökologische Gemeingüter, statt letalem Finanzkapitalismus

Von Marko Ferst

Man merkt dem Buch von Johannes Heimrath an – es kommt aus einer anderen geistigen Erfahrungswelt. Mehrere Jahrzehnte wahlverwandtschaftliche Großfamilie fließen ein. Heimrath gibt die kulturkreative Zeitschrift „Oya“ heraus, die über Ökodörfer, sozialökologische Bewegung u.a. berichtet. Zuletzt heimisch geworden in der Alternativkommune in Klein-Jasedow nahe der Insel Usedom, stellt er die Frage nach einer enkeltauglichen Lebensweise, die mit dem herrschenden Wettrennen um wirtschaftliches Wachstum keinesfalls zu erreichen sein dürfte. Wenn man bedenkt, der globale Ausstoß an Kohlendioxid erhöhte sich seit 1990 um nahezu 50 Prozent auf 34 Mrd. Tonnen im Jahr, dann dürfte klar sein, wir befinden uns unwiderruflich auf einem Weg zu einer Treibhauszeit mit 4 bis 6 Grad globaler Temperaturerhöhung, bei nur schwer kalkulierbaren Folgen für das Wettergeschehen und die Ökosphäre in den einzelnen Weltgegenden.

Heimrath geht von der These aus, ohne einen Kollaps des westlichen Macht- und Ausbeutungssystems, des dominierenden westlichen Zivilisationssystems, wird es keinen fundamentalen ökologisch-nachhaltigen Neuanfang geben. Zu sehr hängen die Menschen in den reichen Ländern an den Segnungen der Konsumgesellschaft und China, Brasilien und andere aufstrebende Nationen wollen aufschließen. Dabei ist er sich bewußt, die Wahrscheinlichkeit für eine kulturell-gesellschaftliche Alternative ist nur äußerst gering zu veranschlagen, Auswege können kaum in antiquierten -ismen gefunden werden. Das Parteiensystem ist so von den innergesellschaftlichen Kämpfen absorbiert, teils machtlos, teils mit korrupten Strukturen durchsetzt, dass es als transformierende Kraft auszufallen scheint.

Ihm ist wichtig, auch der Gleichheit und Brüderlichkeit im Ruf der französischen Revolution die nötige

Aufmerksamkeit zu schenken. Er wirbt für eine Gesellschaftsform, des Gemeinsamen, des Füreinanders, der Achtung und des Respekts nicht nur der Menschen untereinander, sondern auch gegenüber der Tier- und Pflanzenwelt und fasst diese Welt-sicht unter dem Begriff Commonie zusammen. Sie

***Nur, wenn die Sieger Tempel und Götter
der Besiegten achten, dann vielleicht,
erliegen sie nicht dem eigenen Sieg.***

Aischylos

gründet auch auf einer anderen Erfahrungswelt gegenüber dem Eigentum und favorisiert die Gemeingüter, will Empathie als wichtigstes Bildungsziel sehen.

Als wahrscheinlichstes Szenario im ökologischen Untergang sieht er jedoch, dass sich kleine militärisch abgeschirmte Inseln für die reichen Eliten bilden, der Rest wird sich selbst überlassen. Denkbar wäre auch, es bleiben staatliche Strukturen erhalten und es findet ein endloses Siechtum bei Minimalkonsum statt. Das in den kommenden Klimakatarakten die Finanzmärkte implodieren werden und dabei große Teile der Realwirtschaft unter sich begraben, ist recht wahrscheinlich. Heimrath zieht auch Jared Diamonds Buch „Kollaps“ heran, der einen Rückfall in einen vorzivilisatorischen Zustand für möglich hält. Die Radhacke könnte wichtiger werden, als die neueste Computertechnik.

Johannes Heimrath: Die Postkollaps-Gesellschaft, Scorpio-Verlag 2012, 335 S., 19,95 €
Quelle: Neues Deutschland, 19.8.2013

100% ökologisch

Neuestes Heft in der Reihe Beiträge zur Umweltpolitik

Götz Brandt hat sich in seiner Broschüre mit dem Wahlkampfziel DER LINKEN „100% sozial“ auseinandergesetzt. Nach gründlicher Analyse der Gefahren für die Menschheit zeigt er, welche strategischen Anforderungen sich daraus für linke Politik ergeben.

Mittlerweile drohen der Art Mensch auf diesem Planeten in historisch kurzer Zeit Siechtum und Untergang. Das ist keine Panikmache, sondern regierungsunabhängige Forscher weisen eindringlich darauf hin.

Um auf diese Zusammenhänge aufmerksam zu machen und vor allem den linken Politikern den Ernst der Lage vorzuführen, wurde diese Broschüre geschrieben. Sie soll den Blick schärfen, um die unverantwortliche Politik der bürgerlichen Parteien zu entlarven und DIE LINKE auf den Weg einer antikapitalistischen und ökologischen Oppositionspolitik zu führen, die gegenwärtig nur halbherzig geführt wird.

Der Autor misst die Wahlkampflosungen DER LINKEN an den strategischen Erfordernissen, um den sich abzeichnenden Vielfachkatastrophen entgegen zu wirken. Einer expliziten Wertung enthält er sich, doch seine Vorschläge gehen über den gegenwärtigen Wahlkampf weit hinaus.



***Das höchste menschliche Glück besteht nicht im Ausnutzen
der Gegenwart, sondern in der Vorbereitung der Zukunft.***

Leo Trotzki

Ein Ökodorf in Kolumbien – Von einem Projekt, das die Welt neu erfindet

Von Marko Ferst

Hierzulande findet sich z.B. das Ökodorf Siebenlinden auf der Suche nach einer enkeltauglichen Lebensweise oder das Bioenergiedorf Jühnde, das sich mit Wärme und Strom selbst versorgt. In Kolumbien gibt es Gaviotas. 1971 von Paolo Lunari ins Leben gerufen, besteht der Öko-Weiler mit rund 200 Menschen nach wie vor. Doch die Bedingungen in der Llanos, einer savannenartigen Landschaft, sind denkbar schwierig. Auf dem wenig fruchtbaren, sauren Boden wachsen weder Weizen noch Hülsenfrüchte. Die Fahrwege in die 200 Kilometer entfernte Hauptstadt Bogotá sind zeitweise unpassierbar.

Jene jahrzehntelangen Konflikte zwischen Militär und Guerilla in Kolumbien überstand der Ort als waffenfreie Zone. Die FARC plakatierete schon mal über Nacht das Dorf mit ihren Flugblättern. Von der Gegenseite wurden Siedlungen, die im Verdacht standen mit der Guerilla zu sympathisieren, dem Erdboden gleichgemacht. Von Anfang an hielt Gaviotas engste Verbindungen zu Universitäten. Das UN-Entwicklungsprogramm gab zeitweise Gelder für die Modellgemeinde. Die Akteure wollten keine Lösungen aus Europa oder den USA kopieren und damit deren Probleme, sondern eigene Lösungen finden. Langlebige, wartungsarme Technik, die sich mit geringem finanziellen Aufwand einsetzen ließ, waren gefragt.

So wurden z.B. leichte Windräder entwickelt, die sich auch in den windarmen Gebieten am Äquator noch drehen und zugleich die häufigen Buschfeuer überstehen konnten. Anlagen für Solarwärme aus Gaviotas verbaute man an zahlreichen Orten in Kolumbien. Ebenso kamen effiziente Wasserpumpen in zahlreichen Dörfern der Gegend zum Einsatz, manche davon sind noch heute in Betrieb. Diese funktionierten mit einer Wippe, brauchten keinen Strom oder Diesel und konnten dank spezieller

Konstruktion besonders tiefe Grundwasserschichten anzapfen. So wurden die Menschen seltener krank und konnten ihre Kühe auch über die Trockenzeit hinwegbringen. Zahlreiche größere und kleinere technische Erfindungen gehen auf das Konto der Ingenieure in Gaviotas.

Es gab auch den ein oder anderen Mißerfolg zu verbuchen, die Krankenstation mußte wieder aufgegeben werden. Irgendwann flossen keine Fördergelder für Forschung und Entwicklung mehr. Die kleine Gemeinde musste nach Lösungen suchen, wie das Auskommen aller Bewohner gesichert werden konnte. Geplante weitere Ableger der Siedlung kamen nicht zustande. Anfang der 1980er Jahre hatte Gaviotas begonnen, karibische Kiefern zu pflanzen. Das Harz dieser Bäume, selbst verarbeitet, wurde zur neuen Einkommensquelle und rettete die Existenz des Dorfes. Inzwischen wurden viele hunderttausend Bäume gesetzt, in dessen Unterholz sich tropische Gewächse angesiedelt haben. Das lokale Klima veränderte sich dadurch. Afrikanische Palmölbäume liefern etwas Biodiesel. Mineralwasser wird abgefüllt und verkauft. Gaviotas, der spanische Ausdruck für Möven, jenes Dorf fand immer wieder Wege, sich selbst zu erhalten. Alan Weisman zeichnete in seinem gleichnamigen Buch die Geschichte dieses ungewöhnlichen Projekts von den Gründertagen bis heute nach. Dank seines überaus interessanten Bestsellers „Die Welt ohne uns“ wurde jetzt auch „Gaviotas“ ins Deutsche übertragen. Einen plastischen Eindruck kann man durch zahlreiche Fotos gewinnen, die auf der Webseite des sozial-ökologischen Projektes zu finden sind.

<http://www.centrolasgaviotas.org/Galeria.html>

Alan Weisman: Gaviotas. Ein Dorf erfindet die Welt neu, Piper Verlag, 2012, 384 Seiten, 19,99 €

Autorenangaben

Manfred Wolf ist Mitglied des Sprecherrates der Ökologischen Plattform.

Die Regisseurin und Autorin Anika Limbach engagiert sich seit 2009 bei AntiAtomBonn, einer Gruppe, die sich mit unterschiedlichen Aktionen für den sofortigen Atomausstieg und eine dezentrale Energiewende einsetzt.

Gilbert Siegler ist Mitglied der Ökologischen Plattform und Delegierter beim Bundesparteitag.

Marko Ferst ist Mitglied der Ökologischen Plattform.

Sabine Wils ist MdEP, DIE LINKE im Europaparlament, Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) und Stellvertreterin im Verkehrsausschuss, Mitglied im Parteivorstand der LINKEN, Mitglied im BundessprecherInnenrat der AG betrieb&gewerkschaft

Edgar Göll ist wiss. Mitarbeiter im IZT in den Bereichen „Zukunftsforschung“ und „Nachhaltige Entwicklung“ tätig.

Christian Rehmer ist Mitarbeiter von MdB Kirsten Tackmann und Teammitglied von PLAN B.

Titelbild: Montage unter Verwendung von „Kernkraftwerk_Borkdorf.JPG“ von Alois Staudacher, bearbeitet von Neokortex und „Wave_breaking_at_Misquamicut_Beach_RI.JPG“ von Julian Colton

Impressum

Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
E-Mail: oekoplattform@die-linke.de Internet: www.oekologische-plattform.de
Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss der LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform **ISSN 2195-027X**

Redaktion tarantel@oekologische-plattform.de (ausschließlich für Veröffentlichungen)

Redaktionsschluss: 15.11.2013

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden.

Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

Geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.11.2013.

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Satz und Layout: Mike Wright

Bestellung/Adressänderung kontakt@oekologische-plattform.de

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Volksbank Berlin, BLZ 10090000, Konto 5000600000, VWZ Ökologische Plattform

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über kontakt@oekologische-plattform.de oder <http://www.oekologische-plattform.de>

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de oder oekoplattform@die-linke.de

Manfred Wolf, manfredwolfberlin@gmx.de

Petra Beck, pcbe@gmx.net

Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

Mailverteiler (Newsletter):

Anmeldung unter www.oekologische-plattform.de

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Uwe Fiedler (Koordination), Auf der Kugel 15, 58093 Hagen, hageneruwe@googlemail.com

Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Vorsitzende Umweltausschuss),

Tel. 030 22772485, Fax 030 222776485

eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de

Dorothee Menzner (energiepolitische Sprecherin), Tel.030 227-73167,

Fax 030 227-76166, dorothee.menzner@bundestag.de

Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel. 030 227-72638,

Fax 030 227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de

Sabine Stüber (Naturschutz, Biodiversität, Lärmschutz),

030 227-72138, sabine.stueber@bundestag.de

Landesebene

Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern, mail@wolfgangkaemmerer.de

Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284,

eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de

Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin,

Tel. 030 23252550, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

Norbert Wilke Großbeerenstr. 7 14482 Potsdam 01520 2875749

norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de (LAG Umwelt)

Carolin Steinmetzer-Mann (MdL, umweltpolitische Sprecherin),

Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,

carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Tiefer 8,

28195 Bremen, klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de

Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de

(AG Umwelt, Energie, Verkehr)

Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Rathausmarkt 1, 20095

Hamburg, dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de

Hessen

Hajo Zeller, Bahnhofstraße 6, 35037 Marburg, Tel.: 06421-163873,

Fax: 06421-175618, Mobil:0177-9686479,

hajo.zeller@die-linke-marburg.de (ÖPF Hessen)

Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik),

Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@tg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Umwelt), Lennestr. 1,

19053 Schwerin, m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de Tel. 9385 5252531

Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung)

u.spriewald@dielinke.landtag-mv.de

Niedersachsen

Heinz Preuß (ÖPF NS, Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstr. 6, 31787 Hameln,

Tel. 05151 409481, Hpborusso@aol.com

Rolf Köhne, Mispelweg 6, 30419 Hannover, rolf.koehne@arcor.de

Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster, Tel. 0151 18479447,

ralfhenrichs@gmx.de

Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler,

marion-morassi@t-online.de

Wolfgang Huste, whuste@aol.com (LAG ÖPF RP)

Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdL, Umwelt- und Tierschutz), Franz-Josef-Röder-

Straße 7, 66119 Saarbrücken,

dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891 35290,

an-sa-kunze@t-online.de

Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel.

0341 9424882, micha.lauter@web.de; (ADELE – ÖPF SA)

Marco Böhme, marco.boehme@linksjugend-sachsen.de

Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik), Bernhard-von-Linde-

nau-Platz 1, 01067 Dresden,

jana.pinka@slt.sachsen.de

Dr. Monika Runge (MdL, Energie- und Klimaschutz), Bernhard-von-Linde-

nau-Platz 1, 01067 Dresden, monika.runge@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle,

Tel. 0345 29418-63, (AG Umwelt SN)

Angelika Hunger (MdL, Verbraucherschutz, Energiepolitik), Domplatz 6-9,

39104 Magdeburg, Angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg,

andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Silke Mahrt, Amselweg 7, 23843 Bad Oldesloe, silke.mahrt@web.de

Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (Sprecherin ÖPF, MdL, Agrar- und Regional-

politik), johanna@scheringer.de, Tel. 0151 1172 3000

Büro: Straße der Einheit 28 a, 37318 Uder. Tel: 036083 530397

Maik Eisfeld (Sprecher ÖPF) maik_eisfeld65@yahoo.de

Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher),

Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317,

kummer@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues

Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

s.schmidt@nd-online.de,

<http://www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt>

Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee

230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberalf

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform bei der Partei **DIE LINKE.**

Inhaltverzeichnis

Editorial	2
In eigener Sache	
Zur Diskussion mit Hans Thie über sein Buch „Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft“	3
Brief an Katja Kipping und Bernd Riexinger	5
Antwort	6
Aus den Ländern	
Volksentscheid erfolgreich – jetzt die vollständige Realisierung durchsetzen!	6
Umweltnachrichten	
Mobilfunktechnik und Gesundheitsschutz	7
Atomausstieg: Jetzt!	12
Klima	
Das „Jahrhunderthochwasser“ ist keine Naturkatastrophe!	14
Klimakassandras - versagt die Klimawissenschaft?	15
Gedicht	
Wie man Naturschutz aushebelt	21
Verkehr	
Agrokraftstoffe – Placebo für den Klimaschutz	22
Bücherecke	
Folgen des Klimawandels ausgemalt, vorstell- und beeinflussbar	24
Biohacking – Gentechnik aus der Garage	25
Die Welt nach dem Klimakollaps	27
Ökologische Gemeingüter, statt letalem Finanzkapitalismus	27
100% ökologisch	
Neuestes Heft in der Reihe Beiträge zur Umweltpolitik	28
Ein Ökodorf in Kolumbien	29
Impressum	30
Kontaktadressen	31